Freitag, 8. November 1929 15 Pfg. Erstes Morgenblatt 74. Jahrgang. Nr. 834

BEZUGS-PREIS Täglich drei Ausgaben, Sonntags und Montags zwei Ausgaben. Beilagen: Das Technische Blatt, Literaturblatt, Für Hochschule und Jugend, Sportblatt, Bäderblatt, Für die Frau. Bezugspreis in Deutschland monatlich ℳ 6.— ausschließlich Bestellgeld, im Ausland nach dem Tarif der am Weltpostverein beteiligt. Postanstalt. Unter Streifband Portozuschlag. Einzelpreis: 1. Morgenblatt 15 Pfg., 2. Morgenblatt 15, Abendblatt 10 Pfg. ANZEIGEN-PREIS Mill.-Zeile 40 Pfg. Reklame ℳ 3.— Stellengesuche 20 Pfennig. Familien-Anzeigen (von der Familie veröffentlicht) Doppelzeile 40 Pfg. / Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Störungen d. höh. Gewalt od. Ausstand berechtigen nicht zu Ersatzansprüchen.

Frankfurter Zeitung
und Handelsblatt

(Frankfurter Handelszeitung) Fernsprecher Amt Hansa 9160-9175

Begründet von Leopold Sonnemann

(Neue Frankfurter Zeitung) Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430

GESCHÄFTSSTELLEN und Generalvertretungen: Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 31-37, Schillerstr. 18-24. Berlin W9, Potsdamer Str. 133. Hamburg, Große Bäckerstr. 9. Köln a. Rh., Constantinstraße 67 u. Kaiser-Wilhelm-Ring 10. München, Perusastr. 5 u. O 9, Emeranstraße 20. Stuttgart, Poststr. 7 Hannover Leisewitzstr. 53A. Leipzig W33, Goetzstraße 2, I. Erfurt, Viktoria-Straße 21. Wien I, Wollzeile 11. Zürich, Bahnhofstraße 78. Paris 8, 44. Rue de Lisbonne London E. C. 1, Holborn Viaduct House. Haag-Voorburg, Dr. Blookerstraat 21. Brüssel, 47 Rue Montagne aux Herbes Potagères. New York, 164 Fifth Avenue.—Anfragen u. unverl. Einsendungen ist Rückporto beizufügen. Verlag und Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei G.m.b.H.

Räumungs-Unterbrechungen?

„Populaire“: Antwort aufs Volksbegehren.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

□ Mainz, 7. Nov. An zwei Stellen sind in den letzten Tagen Sonderzüge, die von der französischen Besatzungsarmee zum Heimtransport einzelner Truppenteile angefordert waren, wieder abbestellt worden. In einem hiesigen Falle handelte es sich um eine Kompanie eines Mainzer Tankregiments; das Material war schon teilweise verladen und mußte, als der Gegenbefehl kam, wieder ausgeladen werden. Von Bad Kreuznach sollen in der nächsten Zeit nach bisherigen französischen Angaben ein Alpenjägerbataillon und eine Jäger-Halbbrigade in die Heimat zurückgeführt werden. Für den ersten Transport eines Teiles dieser Truppen war bereits ein Sonderzug angefordert worden; auch diese Anforderung hat man jetzt vorläufig zurückgezogen.

*

Anm. d. Red.: Das Pariser sozialistische Blatt „Populaire“ beschäftigt sich bereits mit diesen Gegenbefehlen. Es meint die Unterbrechung der Räumungsmaßnahmen solle wohl die Antwort der französischen Regierung auf das Volksbegehren der deutschen Reaktionäre gegen den Young-Plan sein und will damit wohl andeuten, daß in den Kreisen um den neuen französischen Kriegsminister Maginot der Lauf des Volksbegehrens benutzt werde, die an die Annahme des Young-Plans geknüpfte Räumung der dritten Zone zu verzögern.

Sollten tatsächlich in der neuen französischen Regierung Gedankengänge dieser Art eine Rolle spielen, so wären sie nur ein Beweis dafür, wie die Nationalisten von hüben und drüben sich gegenseitig in die Hände arbeiten. Tatsächlich ist bereits dafür gesorgt worden, daß das Volksbegehren die innerdeutsche Entscheidung über die Annahme des Young-Plans keinesfalls verzögern kann. Wir haben bereits mitgeteilt, daß man sich in der gestrigen Parteiführerbesprechung verständigt hat, den Wortlaut des Volksbegehrens spätestens Ende November oder Anfang Dezember an den Reichstag zu bringen und dort darüber die Entscheidung herbeizuführen, damit die Volksabstimmung unter allen Umständen im Dezember stattfinden kann.

Unzufrieden mit dieser Beschleunigung sind, wie heute aus Berlin gemeldet wird, bezeichnenderweise bloß die Anhänger des Volksbegehrens, vor allem die Blätter des Herrn Hugenberg. Dabei hatte der deutschnationale Fraktionsführer Graf Westarp von sich aus die beschleunigte Einberufung des Reichstags beantragt. Jetzt, da es mit der geheimen Volksabstimmung ernst werden soll, fällt seinen Leuten das Herz in die Hosen.

Keinesfalls kann das Volksbegehren den französischen Nationalisten das Recht geben, den Verständigungswillen der großen Mehrheit des deutschen Volkes in Frage zu stellen und darauf eine Verzögerung der Räumung zu begründen.

Völkerwanderung!

10 000 deutschrussische Bauern wollen nach Kanada.

(Von unserem Korrespondenten.)

P Hamburg, 6. November.

Etwas von der Freiligrathschen Auswandererstimmung, die man von der modernen Verkehrstechnik längst überwunden glaubte, wird wieder lebendig, wenn man den ersten Schub deutschrussischer Bauern zu Gesicht bekommt, die jetzt auf dem Wege von Sibirien und Südrußland über Moskau und Deutschland nach Kanada in Kiel eingetroffen sind. 332 Menschen, Männer, Frauen, Greise und Kinder, hat der russische Frachtdampfer „Dserschinski“ vor einigen Tagen im Nordostseekanal an der Holtenauer Schleuse ausgeladen. Ausgeladen wie irgendwelches andere Frachtgut. Wie Frachtgut sind diese russischen Bauern auch in den Laderäumen des Schiffes transportiert worden. Und doch glaubt man ihnen gern, daß sie die Verladung an Bord des Dampfers als ein unerhörtes Glück, als eine Erlösung aus monatelanger Pein des Wartens und Hungerns empfunden haben.

Zehntausend deutsche Bauern, Nachkommen der deutschen Auswanderer, die seit den Zeiten Katharinas Land und Heimat in Rußlands und Sibiriens Steppen gesucht und gefunden hatten, haben dem Land der Sowjets ihre Mitarbeit aufgesagt. Zehntausend deutschstämmige Bauern aus den Gouvernements des Ostens und des Südens bis zur Krim haben sich, wie die Zeitungen meldeten, vor und in Moskau versammelt, um von den russischen Behörden ein einziges, aber gewichtiges Stück Papier zu erhalten: ihren Paß mit der Auswanderungsgenehmigung.

Schon vor einigen Jahren fing es an, etwa um 1925, als nach Lenins Tode der „neue Kurs“ in Rußland auf dem flachen Lande sich gegen die Reste kleinbäuerlicher Selbständigkeit wandte. Gold hatten die deutschrussischen Bauern auch in früheren Zeiten nicht scheffeln können, aber der ertragfähige Boden hatte ihnen selbst bei schlechten Erntepreisen eine von den Hauptsorgen freie Existenz gesichert. Durch Generationen hin war ihre persönliche und wirtschaftliche Freiheit im Grundsätzlichen nicht angetastet worden, ihre deutsche Muttersprache hatte in eigenen Schulen vorbildliche gute Pflege gefunden. Daß gegenüber solchem Menschenschlag, dessen geistige Grundlage die ihrer Umwelt um ein Mehrfaches überragte, gegenüber einem Menschenschlag, der auch in der Diaspora seinen Nationalcharakter und sein mennonitisches Glaubensbekenntnis bewahrt hatte, die brutalen Methoden räterussischer Kommunisierungspolitik als ein Hohn auf das Menschenrecht, als bewußter Vernichtungsschlag gegen ihre soziale Stellung empfunden wurde, läßt sich denken.

Trotzdem haben sie Jahre hindurch versucht, eine erträgliche Lösung, eine Verständigung mit den Ideen des neuen Rußland zu finden. Man kann ihren Versicherungen schon glauben, daß sie gegen das Rätesystem keine konterrevolutionäre Politik betrieben, daß sie vielmehr versucht haben, durch sinngemäße Uebertragung die kommunistischen Grundgedanken auf die Wirtschaftsformen der deutschen Bauerngemeinden durchzuführen. So schilderte mir ein fast Siebzigjähriger aus dem Gouvernement Orenburg den Aufbau von Bauernkommunen, welche mit Hilfe der genossenschaftlichen Konstruktion die Leninschen Lehren in die Praxis der Landwirtschaft umsetzen sollten. Ueberhaupt kann man feststellen, daß der Name Lenin auch unter diesen jetzt heimatlosen Bauern mit Hochachtung, nicht selten mit dem unverkennbaren Ausdruck der Verehrung genannt wird; das zeugt nicht minder für Lenins Genie und menschliche Größe als gegen die Methoden seiner Epigonen, denen, auch wenn die Erzählungen der Auswanderer nur zum kleinen Teil wahr wären, der Mensch nichts, das System alles zu sein scheint.

Wenn sich die wahre Größe eines Menschen darin zeigt, wie er über seine Feinde spricht, so kann man vor diesen mennonitischen Bauern nur den Hut abnehmen und das Land bedauern, das so wertvolle Bürger hinausschikaniert, anstatt ihr Wollen und Können als Bausteine in einer neuen Volksgemeinschaft zu werten und zu benutzen. Knapp und sachlich, ohne jedes Haß- und Schimpfwort, berichten sie nach sichtlichem Zögern über die einzelnen Maßnahmen der Bezirkssowjets gegen ihre wirtschaftliche Selbständigkeit, erzählen sie von den schweren Schicksalsschlägen, denen manche der Familienmitglieder zum Opfer gefallen sind, von dem Terror der GPU. und ihrer Spitzel. Man hört die Bestätigung der Berichte über die Bevorzugung der von oben her aufgepfropften proletarischen „Kommunen“ auf Kosten der „Kulaken“, die als Quittung für erarbeitetes Mehreinkommen des Stimmrechts in den Dorfsowjets verlustig erklärt werden; man hört von steuerlichen Schikanen, welche die restlose Assimilierung der Besitzenden an die Besitzlosen erzwingen und beschleunigen sollen.

In diese trostlos und hoffnungslos empfundene Lage trafen die Briefe von Verwandten und Freunden, die vor und nach der russischen Revolution bereits eine neue Heimat in Kanada gefunden hatten. Manches mag in diesen Schilderungen übertrieben gewesen sein, wieder anderes durch den Gegensatz zu den neuen russischen Verhältnissen kostbar und erstrebenswerter erschienen sein, das Ergebnis war jedenfalls der elementare Durchbruch einer neuen Wandersehnsucht, einer Wandersehnsucht, die von Monat zu Monat stärker wurde und wie eine geheime Losung gleichzeitig in Sibirien und in der Krim, östlich und westlich des Urals widerhallte. Zögernd begannen die Ersten ihre Ländereien zu verkaufen und den Erlös zurückzulegen. Mit der Zahl der Verkäufe fiel der erzielte Preis sehr rasch, und die Mehrzahl der Auswanderer hat ihre Aecker, ihre Wohnungen, das Vieh und Wirtschaftsinventar, den Bezirkssowjets zur Verfügung stellen müssen, wogegen ihnen der Taxwert gutgeschrieben wurde.

Dann begann in diesem Sommer die große Pilgerfahrt nach Moskau. In der Tasche hatten die Bauern vielfach bereits die Einreiseerlaubnis der kanadischen Regierung oder auch die ihnen durch Vermittlung von Verwandten ausgehändigten Freifahrscheine für die Ueberfahrt. Was fehlte, war die Auswanderungsgenehmigung durch die Sowjets, mit deren Bürokratie die Bauern ohne Erfolg verhandelt hatten, und die auch in Moskau keine Anstalten machte, eine Entscheidung zu treffen. Um so wertvoller war die Unterstützung des deutschen Generalkonsulats in Moskau, dessen vermittelnde Vorstellungen in der vergangenen Woche die ersten Erfolge gezeitigt haben. Mit einem Sonderzug wurde der erste Schub Ende Oktober von Moskau nach Leningrad und unter Bewachung auf den Frachtdampfer „Dserschinski“ gebracht. Der zweite Schub, weitere achthundert Frauen, Männer und Kinder, soll vorgestern Leningrad in Richtung Hamburg verlassen haben. Vollkommen mittellos — die Ausfuhr von Bargeld aus dem Bereich der Sowjetrepubliken ist bekanntlich grundsätzlich verboten — kommen die Nachkommen deutscher Auswanderer in die deutschen Hafenstädte, betreten sie deutschen Boden zum erstenmal, um hier die letzten Formalitäten abzuwarten, die ihnen den Weg nach einer neuen Heimat öffnen sollen. Mit aufrichtigem Dank sprechen die Ankömmlinge von der Hilfe, die ihnen aus deutscher Hand zuteil wird.

Die kanadischen Mennoniten sollen Garantien übernehmen.

Rosthern (Saskatchewan), 7. Nov. (Wolff.) Bischof Towes ersuchte den Premierminister King, der sich auf der Durchreise hier aufhält, dafür zu sorgen, daß sich die gegenwärtig in Deutschland befindlichen deutschstämmigen Mennoniten aus Rußland in Kanada ansiedeln könnten. Der Premierminister erwiderte, die Aufgabe, eine so große Zahl von Einwanderern durch den Winter durchzubringen, bedeute eine schwere Verantwortung, die von der Regierung kaum übernommen werden könnte, sofern nicht die kanadischen Mennoniten die Garantie für den Unterhalt ihrer deutsch-russischen Glaubensgenossen übernehmen würden.

Weiterberatung der Treuhänderaufgaben.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

□ Baden-Baden, 7. Nov. Die Treuhänderverträge sind heute vormittag zu Ende beraten worden mit Ausnahme einiger weniger Punkte, die im Plenum noch nicht erschöpfend behandelt werden konnten. Zu diesen gehört vor allem die Einarbeitung der Bestimmungen des Youngplanes über die Schutzmaßnahme, die für einen Teil der Annuitäten ein Moratorium vorsieht. Irgendwelche Beschlüsse über diesen Punkt sind noch nicht gefaßt worden. Damit das Redaktionskomitee Gelegenheit hat, die bisherigen Beschlüsse in geeignete Fassung zu bringen und die restlichen Formulierungen aufzuarbeiten, findet heute nachmittag keine Plenarsitzung statt.

Die Durchführung des Young-Plans.

⇹ Berlin, 7. Nov. (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen über die Sonderregelung der Bezahlung des amerikanischen Anteils an den Young-Annuitäten haben heute in Berlin begonnen. Auf deutscher Seite führt die Verhandlungen Ministerialdirektor Dr. Ritter, auf amerikanischer der erste Sekretär der amerikanischen Botschaft in Paris, Edward Wilson.

Die „Salamis“ wird nicht abgenommen.

Athen, 7. Nov. (United Preß.) Die griechische Regierung hat sich endgültig entschieden, das in Deutschland gebaute Kriegsschiff „Salamis“ nicht abzunehmen. Diese Entscheidung wurde in einem besonders dazu einberufenen Ministerrat unter dem Vorsitz von Venizelos einstimmig getroffen. Wie mitgeteilt wird, hat das Kabinett dabei die allgemeine Weltsituation und die Finanzlage Griechenlands in Betracht gezogen. Die Mittel, die durch diesen Entschluß frei werden, sollen für leichte Seestreitkräfte und das Flugwesen verwandt werden, u. a. ist auch die Einrichtung eines Unterstaatssekretariats für das Flugwesen beschlossen worden.

New York, 6. Nov. (Europapreß.) Das Endresultat der Bürgermeisterwahl ist folgendes: Walker (Demokrat) 865 549 Stimmen, Laguardia (Republikaner) 370 384, Thomas (Sozialist) 174 931 Stimmen. Walker konnte die größte Mehrheit, die je bei einer Bürgermeisterwahl in New York erzielt wurde, für sich buchen. Der Sozialist Thomas erhielt 25 600 Stimmen mehr als der letzte sozialistische Kandidat, der sich im Jahre 1927 präsentiert hatte.

Prinz Max von Baden.

Von Professor **Martin Dibelius** (Heidelberg).

Prinz Max von Baden — bei der Nachricht von seinem Tode wird die Erinnerung an einen Menschen lebendig, der in den Tagen der deutschen Katastrophe schnell verbraucht wurde, weil er eine seinem Wesen nicht gemäße Führerstellung übernommen hatte. Die persönliche Tragik dieser Gestalt ist offenkundig: ein schwerblütiger Mensch von Adel der Gesinnung und Reinheit des Wollens mußte das deutsche Schicksal in seine vornehme und ungeübte Hand nehmen in einer Zeit, deren Brutalität solch einem stillen Adel nicht einmal das Wort, noch viel weniger das Handeln verstattete.

An der Schwelle des neuen Deutschland stand ein Prinz; das war dem Ausland unbegreiflich, das war aber bezeichnend für die Problematik des deutschen Obrigkeitsstaates. Das Außerordentliche, das auch im Krieg nicht Erreichte, das auch von der Einigkeit des 4. August 1914 nicht Geschaffene sollte in wenig Wochen, ja in wenig Tagen durchgeführt werden: Abbau des volksfeindlichen preußischen Wahlrechts, demokratisch-parlamentarische Umbildung der Reichsregierung, Unterstellung der Militärgewalt unter die zivile Staatsleitung, dazu der Abbau aller Kriegsziele, nicht nur der alldeutschen und schwerindustriellen, sondern auch der enggesteckten und volkstümlichen, und die Anbahnung des Verständigungsfriedens! Dies Außerordentliche war zu vollbringen unter der Herrschaft eines Monarchen, dessen Reden und Taten auf so ganz andere Ziele wiesen; — und gerade darum erschien ein Prinz, der nahe Verwandte des Hohenzollernhauses, der Erbe eines deutschen Fürstenthrones, als der mögliche Kandidat für die neue Besetzung des Reichskanzlerpostens; und mancher dachte, wie schon in viel kleinerem Ausmaß damals, als Prinz Ernst von Hohenlohe die Leitung des Kolonialamtes bekam: den Prinzen wird der Kaiser hören! Er hat ihn auch gehört, er ist den neuen Weg mitgegangen bis zur Entlassung Ludendorffs; in den entscheidenden Tagen aber hat der Monarch sich dem prinzlichen Anwalt der Demokratie entzogen.

Für diese Anwaltschaft hatte der badische Prinz manche Vorzüge, ererbte und erworbene, mit in sein Amt gebracht. Der freiheitliche Geist des Zähringer Fürstenhauses, die demokratische Neigung des deutschen Südwestens verband sich bei ihm mit persönlichen Eigenschaften besonderer Art: mit einem religiösen Ethos, das in dem Kreise um Johannes Müller vertieft und befestigt war, mit einer politischen Ueberzeugung, der Aristokratie und Demokratie keine Gegensätze waren. Er sah in dem Mehrheitsprinzip „den heilsamen Zwang für den Aristokraten, den Weg zu den Volksgenossen zu finden“. Dazu verfügte der Urenkel des Zaren Nikolaus I. über weitreichende internationale Verbindungen, die auch der Krieg nicht völlig zu zerstören vermochte. So hatten Gesinnung und Tradition ihn besonders befähigt gemacht für das große Werk der Gefangenenfürsorge, dem er sich in den ersten Jahren des Krieges als bewußter Vertreter des „Menschheitsgewissens“ widmete. Es konnte nicht ausbleiben, daß er dabei in einen sachlichen Gegensatz zu gewissen militärischen Stellen geriet und sich gefühlsmäßig von all den Kreisen seines Standes wie des deutschen Bürgertums entfernte, die ohne ethische Hemmungen einen „deutschen“ Machtfrieden propagierten. Er kam aber auch in Verbindung mit beamteten und nicht beamteten Persönlichkeiten, die der unpolitischen und unpsychologischen Methode der deutschen Kriegführung mit wachsender Sorge gegenüberstanden, so mit der Zentralstelle für Auslandsdienst, besonders mit Paul Rohrbach und Kurt Hahn, mit dem Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes, Oberstleutnant von Haeften, mit Siegmund-Schultze und Anton Fendrich. So entwickelte der Prinz seit dem zweiten Kriegsjahr eine politische Tätigkeit in Briefen und Besprechungen, in der Anbahnung von Verbindungen in Inland und Ausland, eine Tätigkeit, die zunächst faktisch gegenüber den realen Mächten nichts bedeutete, die aber stimmungsmäßig von Gewicht war und die Aufmerksamkeit eingeweihter Kreise auf den badischen Thronerben lenkte. Sie fand öffentlichen Ausdruck in zwei Reden, die der Prinz in der badischen Ersten Kammer hielt; sie verdichtete sich in der kritischen Zeit des Spätsommers 1918 zu einem Programm, auf Grund dessen Prinz Max es wagte, sich dem Kaiser zur Verfügung zu stellen.

Der Name des Prinzen war bereits einmal, beim Sturz des Kanzlers Michaelis, dem Kaiser von seinem Kabinettschef genannt worden. Damals hatte Wilhelm II. geantwortet, er könne sich wohl von einem älteren Staatsmann beraten lassen, aber nicht von einem jüngeren Standesgenossen. Die elf Monate, die seitdem vergangen waren, hatten dynastische Argumente dieser Art unbarmherzig erledigt. Im Osten drohte der

„Hadamar.“

Die Kranken.

Der Wagen hielt vor einer mit Efeu bewachsenen Hausfront. Davor Blumenbeete. Dieser freundliche Bau ist also die gefürchtete Landes-Heil- und Erziehungsanstalt Hadamar. Als ich das Tor — ich muß es gestehen — mit geteilten Gefühlen betrat, sah ich mehrere Frauen. Ob sie die Kranken sind? Nein, sie waren nur Pflegerinnen und Hauspersonal. Die ersten Kranken erblickte ich aus dem Fenster des hellen, großen Empfangsraumes, in den wir geführt wurden. Eine Schar junger Mädchen und einige ältere Frauen, die an zwei langen Tischen, dicht unterhalb des Fensters Bohnen putzten. Ich hörte sie reden. Sie merkten mich bald und lachten zu mir hinauf. Ich war überrascht. In ihren adretten Kleidern, fidel, ausgelassen, wirkten sie eher wie Zöglinge eines Mädchenheimes als wie kranke Menschen. Wie ich erfuhr, waren die älteren Frauen ruhige, gutmütige Patientinnen, die Mädchen aber, die zuerst einen so guten Eindruck auf mich machten, schwere Psychopathen, mit denen andere Erziehungsanstalten nichts anfangen konnten. Für sie ist Hadamar vielleicht die letzte Station, wo nochmals alles versucht wird, sie für das Leben zu retten. Manchmal gelingt es. Später, als ich sie in der Nähe sah, merkte ich, daß viele von ihnen das Zeichen ihres traurigen Zustandes auf dem Gesicht tragen. Jene Merkmale der Minderwertigkeit: schlaue Züge, vertrauenslose, hinterlistige Blicke, dann oft fahle, halbstarre Augen und ausdruckslose, stumpfe Mienen. Andere dagegen wirkten weiterhin normal, und das ist eben das Seltsame. Diese schwerkranken Frauen mit ihrer verbogenen Psyche benehmen sich hier in ihrer Abgesondertheit auffallend normal, wenn sie aber in das Leben zurückkehren, zeigt sich sehr bald ihre völlige Untauglichkeit zur sozialen Einordnung, und sie verfallen wieder ihrer Krankheit.

Mit den Fürsorgezöglingen werden wiederholt Versuche unternommen, um ihre Rückkehr in das Leben zu ermöglichen, indem man sie beurlaubt (probeweise zu ihren Angehörigen zurückschickt), oder man verschafft ihnen Arbeitsstellen außerhalb der Anstalt, um dadurch die Besserung oder gar das Erlöschen ihrer krankhaften Veranlagung zu prüfen. Oft gelingt dieses Experiment, andererseits gibt es Fälle, wo die Patientinnen in seelisch und körperlich verwahrlostem Zustand erneut in der Anstalt landen. Unverbesserliche bleiben bis zu ihrer Volljährigkeit in der Anstalt, solche, die auf Verlangen ihrer Angehörigen oder auf Anraten des behandelnden Arztes entmündigt werden, noch länger, bis zu ihrer Gesundung. Ich las einen Brief, in dem sich ein Fürsorgezögling bitter beklagt, daß sie, als gesunder Mensch, hier zwischen Geistesgestörten eingesperrt sei. Sie unterzeichnete: „Deine in Tränen stehende Schwester.“ Dann wurde mir ein anderer Brief gezeigt, geschrieben von der Schwester dieses Mädchens. Er enthielt eine flehende Bitte an die Anstaltsleitung, das kranke Mädchen nicht mehr freizulassen. Was hatte nun dieses tolle Geschöpf angestellt, ihre Angehörigen zu solcher Bitte zu bewegen? — Sie wurde von ihrem letzten Urlaub schwer geschlechtskrank eingeliefert. Und überhaupt, was fehlt allen diesen Mädchen, die sich so sorglos im Hofe bewegen? Sie sind verwahrloste Kinder mit krankhafter Veranlagung, die zum Ausbruch kam, oder sie sind erblich belastet, Sprößlinge von Syphilitikern und Alkoholikern, und nur die verständnisvolle, doch strenge Zucht kann sie vielleicht noch retten.

Der Abstand von psychischen Fehlern leichterer Art bis zum Irrsinn ist nicht sonderlich groß. Die Insassen eines zweiten Hofes, den ich nur vom Korridor aus betrachten durfte, unterscheiden sich in ihren ruhigen Perioden kaum von den leicht Erkrankten. Ich sehe eine Frau in eleganter Aufmachung, gut geschnittenem Bubikopf, strumpflose, braungebrannte Beine. Sie sitzt auf einer Bank und liest. An einem Tisch unterhalten sich drei alte Frauen, man sollte denken, sie halten strumpfstrickend ihr Kaffeekränzchen ab. Doch von Zeit zu Zeit schallen wilde Laute durch den Hof. Unzusammenhängendes, abgebrochenes Geschrei wütend gewordener Frauen, und manche sich seltsam bewegende oder in eigenartiger Pose verharrende Gestalt mahnen an ihre schwere Krankheit. Eine große, dicke Frau mit bösartigem Gesicht verfolgte uns, als wir die offene Fensterreihe des langen Korridors entlang gingen, und beschimpfte uns kreischend.

Die Männerabteilung, die in einem Nebengebäude untergebracht ist, hat nur wenig Bewohner. Der Bau ist ein früheres Kloster. Sie sitzen oder stehen auf der Sonnenseite des Hofes, dicht an der Mauer in einer Reihe, wie frierende Spatzen. Unheilbare Kranke. Viele Paralytiker. Drei junge Männer, die eine Bank neu streichen, und eine Gruppe Kartenspieler sind die einzigen Lebendigen unter ihnen, ausgenommen ein Schwachsinniger, der uns wie ein Hund nachläuft. Die anderen erwidern kaum unsern Gruß, starren vor sich hin oder uns an, die Blicke verschleiert, apathisch. Ein Mann bewegt seine Lippen in unendlichem Selbstgespräch, ein anderer läuft immer genau vier Schritte vor und zurück. Der ruhigere Teil der männlichen Patienten ist auf dem Gutshof oder bei der Gartenarbeit beschäftigt.

Die Anstalt hat noch eine freie Abteilung für Fürsorgezöglinge, die sich gut bewährten. Es ist die Uebergangsstation von der Anstalt zum Leben. Zur Zeit wohnen neunzehn Mädchen hier und bilden unter sich eine Gemeinschaft mit eingeteilter Arbeit. Der Teil des Klostergebäudes, in dem sie wohnen, ist außerhalb der Anstalt, die Mädchen sind an all ihrem Tun und Treiben ungehindert, sie können sogar die Anstalt unauffällig verlassen. Allein ihr exaltiertes Lachen und allzu lautes, auffälliges Benehmen verrät, daß sie, wenn auch genesende, doch noch kranke Menschen sind. Am Tage meines Besuches geschah, was nur selten vorkommt, daß einer von den neunzehn Zöglingen, ein junges Mädchen aus Bremen, entlief.

Gebäude und Einrichtungen.

Das Hauptgebäude enthält außer Wirtschaft- und Wohnräumen auch einige Arbeitsräume. Dahinter der große Garten. Alle Fenster sind mit festem Gitterwerk versehen, zum Schutze der Insassen, um Selbstmordversuche während eines Erregungszustandes zu verhindern.

Ich werde in den einzelnen Abteilungen herumgeführt. Ein Labyrinth von Korridoren. Die Türen werden geöffnet. Die Sorgfalt, die Räume wohnlich und anheimelnd zu gestalten, fällt gleich auf. Ordnung und Sauberkeit. In den Eßsälen weißgedeckte Tische mit reichlichem Blumenschmuck. Gemütliche Ecken, Radio. An den Wänden Bilder. Die Schlafräume groß, hell und luftig. Weiße Betten mit weißer Bettwäsche. Baderäume sauber und hygienisch einwandfrei. Jeder Kranke hat seinen ständigen Platz für Handtuch, Becher und Zahnbürste. Einzelne Patientinnen zeigen besonders für farbige Bildchen große Vorliebe, mit denen sie die Wand über ihrem Bett dekorieren. Kein Schlafraum ist überfüllt, und das Schlafgemach der Wärterinnen ist so eingeordnet, daß sie im Bedarfsfalle die Räume ihrer Schützlinge schnell erreichen können. Für Zerstreuung sorgen eine Bibliothek und ein Spielplatz, seit kurzem auch ein Festsaal, zu dem der unbenutzte Teil der Klosterkirche umgebaut wurde. Es ist ein prächtiger Raum, hochgewölbt, lustig bemalt, mit Parkettboden und Vortragspodium. Küche und Wirtschaftsräume sind modern eingerichtet, der Verpflegungsvorrat wird in den Kühlräumen aufbewahrt.

Heilung durch Beschäftigung.

Licht, Luft, Sonne und in erster Reihe die Beschäftigung sind die wichtigsten Heilfaktoren einer modern geleiteten Anstalt. Die früher mit Vorliebe angewandte Zwangsjacke, die den Kranken zwar bändigte, aber ihn zugleich in einen gesteigerten Unruhezustand versetzte, dann die stundenlangen Beruhigungsbäder, gehören der Vergangenheit an. Kranke, die sich in ihrer Unruheperiode befinden — ich sah drei bis vier solche Personen — werden zunächst durch Bettruhe zu behandeln versucht, und erst bei längeren Anfällen, durch Injektionen beruhigt. Das ist menschlicher, sicherer und unschädlicher als die Zwangsjacke. Während dieser Zeit stehen sie einzeln unter der ständigen Aufsicht einer Pflegerin. Hauptsächlich heilend wirkt aber die Beschäftigung. Die meisten Patientinnen und ganz besonders die Zöglinge haben neben dem krankhaften Zug, sich dauernd in den Mittelpunkt der Geschehnisse zu setzen, ausgesprochenes Minderwertigkeitsgefühl, das durch die Beschäftigung gemildert werden soll. Unbedingt muß das Selbstvertrauen der Kranken beim Fertigstellen und Gelingen einer Arbeit sich heben. Sie werden daher neben Haus- und Wirtschaftsarbeit in der Weberei, Stickerei und in einer Nähstube beschäftigt, außerdem im Garten und auf dem Gutshof. Eine hagere Frau bedient eine Strickmaschine, sie stellt einen Pullover her. Ob sie das schon früher gemacht hatte? Nein, erst hier in der Anstalt gelernt. An den knatternden Webstühlen junge Mädchen. Sie weben Stoffe für die Anstaltskleidung, in dem Nebenraum großmütterlich alte Frauen beim Ausbessern von Kleidungsstücken und Strümpfen. Alle Insassen, ob sie im Garten, auf dem Gutshof oder in den Werkstätten arbeiten, erledigen ihre Aufgaben bereitwillig und mit Freude. Arbeit bedeutet auch für sie Abwechslung, und daher werden allzu Renitente oft mit Arbeitsentziehung bestraft. Selbstverständlich gibt es auch solche Kranke, die nicht zu Beschäftigung zu bewegen sind.

Im Garten werden eben Bohnen geerntet. Große Körbe, gefüllt mit den saftiggrünen Schoten. „Fräulein Käthe!“ höre ich die Gärtnerin rufen, „Helfen Sie mir bitte!“ Eine verhutzelte Frau eilt herbei: Fräulein Käthe. Sie werden alle: Fräulein, Frau, Herr angeredet. Höflichkeit gehört mit zur Heilmethode.

Auf dem Gutshof wird Feldarbeit, Tierzucht, Schmiedearbeit ausschließlich von Kranken besorgt. Sie sind, wenn einzelne von ihnen auch früher nach Höherem strebten, erdige Bauern geworden, aber sie haben wenigstens etwas vom Leben zurück: die Natur. Als wir auf dem Hof ankamen, sind sie eben von der Feldarbeit heimgekehrt. Sie tragen einfache Kleidung und großrandige, grüne Strohhüte als Schutz gegen die Sonne. Ein schwachsinniger, starker Bursche begrüßt uns strahlend und gibt uns einzeln die Hand. Vor lauter Freude will er sich gleich entkleiden, doch als er gemahnt wird, benimmt er sich still wie ein beleidigtes Kind. Die anderen stehen herum und rasten. Ruhige, schweigsame Menschen. Ihre Wortlosigkeit steckt an. Dieser Hof ist ausgestorben, wiewohl er bevölkert ist.

Sehr wichtig ist für die Kranken das Amusement, daher werden in dem neuen Festsaal Hausbälle abgehalten. Ein blinder Hornist spielt gemeinsam mit anderen musikalischen Kranken auf, und die Mädchen tanzen sich satt. Mit den allerneuesten Schlagern wartet das Radio auf. Für die Hauptfeste — Sommerfest und Fasching — kommen auch, und das ist bezeichnend, Gäste: entlassene Zöglinge, die diese Freudentage zu begehen wiederkehren.

Episoden.

Wir sind wieder in dem hellen Empfangszimmer. Der blinde Musikant gibt uns zu Ehren ein Posaunenkonzert. Er

Bolschewismus, im Westen ein aussichtsloser neuer Winterfeldzug, im Reiche selbst Munitionsstreik und Revolution. In dieser Lage erbat Wilhelm II. die Zustimmung des badischen Großherzogs, daß der Prinz die Reichskanzlerschaft übernehme; der Chef des Zähringer Hauses antwortete unter schweren Bedenken, aber doch zustimmend. So wurde die Kandidatur des Prinzen auch dieses Mal von dynastischen Argumentationen umlagert und erschwert.

Und die Schwierigkeiten für den prinzlichen Reichskanzler mehrten sich, kleine wie große, kaum daß er am 3. Oktober 1918 ernannt war. Zu den kleineren gehörte die „Briefaffäre": Prinz Max hatte im Januar 1918 in einem Brief an Alexander von Hohenlohe seinen Standpunkt — nationales Interesse und Menschheitsgewissen — gekennzeichnet und war dabei abgerückt von der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, „dem scheußlichen Kind der Angst und der Berliner Hundstage", abgerückt auch von dem Parlamentarismus. Als dieser Brief am 9. Oktober 1918 in der Berner „Freien Zeitung" veröffentlicht wurde, erwuchs aus der zweifellosen innerpolitischen Fatalität fast eine trotz aller außenpolitischen Bedrohung ernsthafte Kanzlerkrisis. Und schon bei der Beruhigung dieser Krise trat eine weitere Schwierigkeit zutage: die allzugroße Abhängigkeit der parlamentarischen Minister von ihren Fraktionen, die bis auf den heutigen Tag die Kinderkrankheit der deutschen Demokratie geblieben ist. Endlich aber wurde in den kritischen Augenblicken des Oktoberendes dem Reichskanzler das Handeln durch eine Grippe-Erkrankung erschwert.

Aber was will das alles besagen gegen die beiden Ereignisse, die die Kanzlerschaft des Prinzen einrahmen, beide von ihm nicht gewollt und lebhaft bekämpft, beide aber in Wahrheit entscheidend und alle selbständige Ideenpolitik des Prinzen erledigend! Das eine war das Verlangen der Obersten Heeresleitung nach Friedensangebot und Waffenstillstandsersuchen; es war schon an die alte Regierung gestellt und mußte von der neuen übernommen werden, mußte ausgeführt werden von dem Prinzen, der sich aufs schärfste dagegen ausgesprochen hatte. Es war am 29. September in Spa beschlossen, es galt als die politische Konsequenz der militärischen Lage; bis in die Liquidierung des Krieges hinein hatten die Militärs und nicht die Politiker das Wort! Den Abschluß der rapiden innerpolitischen Entwicklung in jenen Oktobertagen aber bildete die Abreise des Kaisers aus Potsdam ins Hauptquartier am 29. Oktober, jene plötzlich beschlossene Fahrt, die in der Geschichte das Andenken Wilhelms II. weit mehr belasten wird als die sogenannte Flucht nach Holland. Denn nach Holland fuhr der bereits Privatmann Gewordene, aus Potsdam aber entwich der Kaiser. Dort floh er vielleicht vor der Revolution, hier entzog er sich der Entscheidung. Denn in diesen Tagen, da die Abdankungsfrage immer drohender und dringender wurde, gehörte ein Monarch nicht hinter die militärische, sondern in die zivile Front!

Mit diesem Versagen des Monarchen war dem Prinzen die Kraft und die Möglichkeit der Entscheidung genommen. Denn alle Vorschläge, die er, zwischen Krone und revolutionierendes Volk gestellt, in Spa machte, mußten schriftlich oder telephonisch erfolgen und entbehrten so der persönlichen Ueberzeugungskraft. Die große historische Auseinandersetzung zwischen dem Träger der Krone und dem parlamentarischen prinzlichen Kanzler, in der das Schicksal Deutschlands durch die Macht der Blutsverbundenheit, der persönlichen Kraft, des unmittelbaren Zusammenpralls entschieden worden wäre, fand nicht statt. Verhandlungen durch Mittelsmänner boten kümmerlichen Ersatz und führten zu verhängnisvollen Mißverständnissen. Am Abend des 8. November wollte man den Kaiser mit der Abdankungsfrage nicht aus der Ruhe stören, am Morgen des 9. war es zu einer erfolgreichen Abdankung zu spät. Prinz Max glaubte den Sinn der Lage zu treffen, als er am Mittag des 9. November den revolutionierenden Massen die Abdankung des Kaisers bekannt machen ließ. Was er telephonisch aus dem Hauptquartier erfahren hatte, autorisierte ihn moralisch, nicht formal! Und da inzwischen der Kaiser den Abdankungsplan nur zur Hälfte aufgegriffen hatte, so war jene Bekanntmachung des Reichskanzlers nun doch schließlich eine Art Staatsstreich, nur ein verspäteter. Noch am Abend vorher hatten den Prinzen dynastische Bedenken gehemmt; nun mußte er ohne den Ruhm der kühnen Tat doch den Fluch der Entscheidung tragen! Den Anhängern der dynastischen Idee galt er seitdem als verfemt.

Nicht ohne Bewegung sieht man an diesem Wendepunkt deutscher Geschichte den Mann stehen, der tatsächlich zwei Welten angehört. Immer bereit, das in diesem Augenblick Richtige zu tun, aber immer gehemmt durch das, was er nach Herkunft und Erziehung als das für ihn Rechte ansehen muß. Persönlich gewillt, seine dynastische Zukunft aufs Spiel zu setzen; auf die Frage, was im Falle des Mißlingens seiner Kanzlerschaft aus ihm werde, antwortet er ohne Bedenken: „Dann gehe ich eben mit zugrunde." Aber viel zu vornehm, ein Philipp Egalité zu werden oder selbst den entscheidenden Schritt gegen den Monarchen zu tun.

Das ist doch das letzte und beste, was bei aller Unzulänglichkeit des Handelns bleibt: daß in der letzten Stunde des alten Deutschland kein verbissener Reaktionär an der verantwortlichen Stelle stand und kein feilschender Opportunist, sondern ein selbstloser Wissender, dem das Handeln durch die tragische Verkettung seines persönlichen wie des allgemeinen Schicksals verwehrt wurde. Es war wahrlich nicht seine Schuld, daß er ein rollendes Rad nicht hemmen konnte.

*

Berlin, 6. Nov. Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei richtete an die Gattin des Prinzen Max von Baden nachstehendes Telegramm:

„Zum Hinscheiden Ihres Gatten spricht Ihnen die Deutsche Demokratische Partei ihr herzlichstes Beileid aus. Prinz Max von Baden hat in der schwersten Stunde des deutschen Volkes mit allen Mitteln versucht, die Härten des Zusammenbruchs zu mildern. Wir werden stets seiner gedenken als eines Mannes, der die Notwendigkeit einer freiheitlichen Staatsentwicklung voraussah und der entschlossen, mutig und überzeugungstreu seine Kraft dafür einsetzte."

Die Affäre des Dampfers „Falke".

Das Seeamt erklärt sich nicht zuständig.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

P Hamburg, 6. Nov. In dem Streit um die Strafverfolgung des Abenteurerdampfers „Falke", der in Sommer dieses Jahres die Rebellenfahrt nach Venezuela unternommen hatte, hat das Seeamt nun entschieden, daß es für die Behandlung des Falles vorläufig nicht zuständig sei. Begründet wird die Entscheidung damit, daß die Zuständigkeit des Seeamts gemäß der Seeamtsordnung nur gegeben gewesen wäre, wenn sich die ursprüngliche Nachricht, daß ein Offizier bei dem Handstreich auf Cumana getötet worden sei, bestätigt hätte. Die jetzt vorliegenden offiziellen Berichte hätten jedoch ergeben, daß der betreffende Offizier in Port of Spain in voller Gesundheit lebe. Aus diesem Grunde habe der neben dem Schiffseigentümer hauptsächlich verantwortliche Kapitän des Dampfers die Zuständigkeit des Seeamts bestritten. Nach dieser Entscheidung kann das Seeamt erst wieder Stellung nehmen, wenn die von den Justizbehörden eingeleitete Strafverfolgung gegen den Reeder Prenzler und den Kapitän durchgeführt sind.

Der Handstreich von Trinidad.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

Berlin, 7. Nov. Nach dem Verfahren, in dem sich das Hamburger Seeamt mit der Affäre um die Fahrt des Dampfers „Falke" zu befassen hatte, ist in der Klärung der tollen Angelegenheit ein gewisser Abschnitt erreicht. Die Affäre ist, wie sich jetzt übersehen läßt, leider nicht nur ein abenteuerlicher Film, sondern hat auch ihre politische Seite. Sie war natürlich nicht geeignet, die deutschen Beziehungen zu Venezuela zu fördern, die bisher immer sehr freundschaftlich waren, ist doch Venezuela einer der wenigen Staaten, die trotz stärksten auf sie ausgeübten Druckes den ganzen Krieg hindurch die Beziehungen zu Deutschland aufrechterhalten haben. Andererseits aber muß doch hervorgehoben werden, daß an dem verbrecherischen Streich nur zwei deutsche Staatsangehörige als Wissende teilgenommen haben und daß die deutsche Regierung bemüht war, dem Unternehmen, sowie es ihr bekannt geworden war, entgegenzuarbeiten und der Regierung von Venezuela Genugtuung zu geben. Erst als der Dampfer „Falke" schon auf hoher See war, wurde die deutsche Regierung von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß es sich möglicherweise um ein revolutionäres Unternehmen gegen Venezuela handeln könne. Darauf warnte die deutsche Regierung die venezuelische Regierung durch ihren Berliner Gesandten. Nachdem sich durch den Putschversuch die Richtigkeit der in den Warnungen ausgesprochenen Vermutung erwiesen hatte, sprach die deutsche Regierung der Regierung von Venezuela sofort ihr besonderes Bedauern aus.

Der Dampfer liegt jetzt in dem Hafen von Trinidad, Port of Spain. Dort sind Kapitän, Offiziere und Mannschaften von den englischen Behörden und dem deutschen Konsul vernommen worden. Die Protokolle sind dem Auswärtigen Amt zugegangen und von diesem an das Hamburger Seeamt mit der Aufforderung weitergegeben worden, alles zu tun, damit die Schuldigen ihrer Strafe zugeführt werden können. Nach diesen Protokollen hat sich die Sache folgendermaßen zugetragen: Ausgegangen ist der Plan offenbar von Pariser Kreisen venezuelischer Revolutionäre mit dem General Roman Delgado an der Spitze. Für ihr Unternehmen hat die Hamburger Firma Prenzlau den Dampfer Falke gekauft. Anscheinend kam es dem Inhaber der Firma Prenzlau und dem deutschen Kapitän nur auf ein fettes Geschäft an. Es ist zu bemerken, daß unter den im Auslande sich aufhaltenden revolutionären Venezuelern sich vermögende Leute befinden. Der Dampfer wurde zunächst nach dem polnischen Hafen Gdingen gebracht, wo man Munition und Waffen an Bord nahm, die von Warschau herangekommen waren. Welche Zusammenhänge hier vorliegen, ist noch nicht genügend geklärt. Als die Waffen und Munition verladen wurden, weigerten sich die Offiziere und die Mannschaften, durchweg Deutsche, weiter Dienst zu tun. In diesem kritischen Moment trat Herr Prenzlau persönlich in Erscheinung. Es gelang ihm, die Bemannung weiter zu täuschen. Außerdem bewilligte er ihr höhere Löhnung. Als sich unterwegs die noch an Bord befindlichen 22 Venezueler als Revolutionäre entpuppten, drangen Offiziere und Mannschaften darauf, daß der nächste Hafen angelaufen würde, wo sie den ganzen Vorgang dem deutschen Konsul zu Protokoll geben wollten. Jetzt gingen der Kapitän und die Venezueler mit Gewalt vor, zwangen die deutsche Besatzung buchstäblich mit vorgehaltener Pistole, sich zu fügen und ergriffen Besitz von dem Schiff. Bekanntlich mißglückte dann der Handstreich bei dem Versuch, in Cumana zu landen. Der Anführer, General Roman Delgado, fiel. Die übrigen Venezueler wurden gefangen oder kamen um. Der Dampfer Falke suchte nun die hohe See auf, wo auf Veranlassung des Kapitäns Waffen und Munition versenkt wurden, und lief dann den Hafen Port of Spain an, wo das Schiff heute noch liegt. Kapitän und Mannschaften begaben sich nach den erwähnten Vernehmungen nach Deutschland zurück. Zu der Frage, welche Strafe der Kapitän zu erwarten hat, ist zu sagen, daß eine Verurteilung wegen des schwersten, in Betracht kommenden Deliktes, wegen Hochverrats, nur erfolgen kann, wenn die venezuelische Regierung einen solchen Antrag stellt.

Die Novelle zur Haushaltsordnung.

Die Beratung im Reichstagsausschuß.

(Privattelegramme der „Frankfurter Zeitung".)

Berlin, 6. Nov. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung der Novelle zur Haushaltsordnung fort. Beim § 66 erläuterte Ministerialrat Weiß die Art und Weise, wie nunmehr die Prüfung des Rechnungshofes an Hand der Originalbücher gedacht ist, damit die Prüfung noch während des Etatsjahres wenigstens zum Teil möglich ist. Im wesentlichen soll das durch den vierteljährlichen Abschluß der Bücher erreicht werden. In der Abstimmung wurde § 66 nach einem Zentrumsantrag dahin erweitert, daß künftig die Nachprüfung des Rechnungshofes mit größerer Beschleunigung erfolgen soll, damit das Budgetrecht des Reichstages möglichst gewahrt werde.

§ 75, Verwendung eines Ueberschusses im ordentlichen Haushalt zur Verminderung des Anleihebedarfes oder zur Schuldentilgung wurde in der Fassung angenommen, daß der letzte Satz nunmehr lautet: Soweit der Ueberschuß zur Schuldentilgung verwendet wird, ist er als außerordentliche Einnahme in den nächsten Haushaltsplan einzustellen.

Die weitere Debatte behandelte vor allem die

Stellung des Rechnungshofes

und die Frage, wie weit er das Recht habe, zu prüfen, ob eine Ausgabe sachlich nötig sei oder nicht. Abg. Dr. Schneider (Zentrum) glaubte als Ergebnis der Aussprache feststellen zu können, daß der Rechnungshof nicht das Recht einer unmittelbaren Kontrolle der Verwaltung, auch nicht das Recht zu unmittelbaren Eingriffen in die Verwaltung habe.

Die Bestimmungen über die Rechte des Rechnungshofes wurden dann unverändert angenommen. Der Ausschuß erörterte hierauf einen Antrag des Rechnungsunterausschusses des Haushaltsausschusses zum § 98; der Antrag läuft darauf hinaus, dem Rechnungshof ein Recht auf Einsichtnahme in die Akten der Ministerien zu geben, die ihm bisher vorenthalten war. Gegen diesen Antrag sprach sich Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krosigk aus, mit dem Hinweis darauf, daß dem Rechnungshof von Fall zu Fall solche Akten bereits vorgelegt worden seien. Die Angelegenheit wurde bis zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Berlin, 7. Nov. Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm heute den § 8a der Novelle zur Reichshaushaltsordnung in folgender Fassung an:

„Durch das Haushaltsgesetz wird jährlich festgestellt, bis zu welchem Betrage Geldmittel zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben im Wege des Kredits beschafft werden dürfen. Bleiben die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts hinter den Ansätzen im Haushaltsplan zurück oder übersteigen die Einnahmen des außerordentlichen Haushalts die Ansätze im Haushaltsplan, so ermäßigt sich der nach Satz 1 festgestellte Betrag um die Summe der Minderausgaben und der Mehreinnahmen; bleiben die Einnahmen des außerordentlichen Haushalts hinter den Ansätzen im Haushaltsplan zurück, so erhöht sich der Betrag um die Summe der Mindereinnahmen."

Abg. Stücklen (Soz.) schlug dann als Berichterstatter des Unterausschusses eine bereits im März ds. Js. empfohlene Resolution vor, wonach die Reichsregierung über- und außerplanmäßige Ausgaben nur dann vornehmen soll, wenn es nicht möglich ist, die vorherige Genehmigung des Reichstages herbeizuführen; wenn die Ausgaben 100 000 Mark übersteigen, soll die Genehmigung des Haushaltsausschusses in jedem Falle eingeholt werden.

Da von Regierungsseite und aus der Mitte des Ausschusses vor der Annahme des zweiten Satzes dieser Resolution dringend gewarnt wurde, weil er nicht durchführbar sei, wurde schließlich die Resolution wieder zurückgenommen.

Bei der Erörterung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben in den beiden ersten Vierteljahren des laufenden Rechnungsjahres fragte der Berichterstatter Abg. Stuecklen (Soz.) im Anschluß an die Ausgaben von 500 000 Mark für die Stützung des allgemeinen Marktes, ob es wahr sei, daß, wie heute in einem Artikel des „Vorwärts" behauptet werde, die Getreidehandelsgesellschaft die 30 Millionen, die ihr aus den Ueberschüssen der früheren Reichsgetreidestelle als Darlehen zur Verfügung gestellt worden seien, nur zu 1½ Prozent zu verzinsen brauche und daß auch diese niedrigen Zinsen nicht einmal ganz gezahlt worden seien.

Ministerialrat Beyer-Fehling (Reichsernährungsministerium) erwiderte, die Angabe des „Vorwärts" über die Höhe der Zinsen treffe zu, es sei auch richtig, daß der Getreidehandelsgesellschaft die Hälfte der Zinsen erlassen worden sei. Nach dem Zeugnis der Getreideproduzenten habe die Gesellschaft durch ihr bloßes Bestehen gut gewirkt, indem sie unmäßige Schwankungen der Preise hintangehalten habe. Wenn im „Vorwärts" behauptet werde, daß die Getreidehandelsgesellschaft einzelnen Firmen besonders hohe Provisionen gezahlt habe, so sei festzustellen, daß tatsächlich dem Scheuer-Konzern, der Firma Kampffmeyer und anderen Firmen gleichmäßig 2 RM. Provision pro Tonne bewilligt worden sei. Die heutigen Angaben des „Vorwärts" hätten dem Börsenvorstand Anlaß gegeben, eine Untersuchung über diese Dinge einzuleiten.

Aus der weiteren Debatte erfuhr man, daß die Verhandlungen über die Uebernahme des Reichswasserschutzes auf die Länder zwar noch nicht gescheitert seien, namentlich aber bei Preußen auf große Schwierigkeiten stoßen.

Eine Resolution der Wirtschaftspartei, worin eine Aenderung der Pensionen der politischen Beamten und der Berufsbeamten verlangt wurde, wurde abgelehnt. Ministerialdirigent Weber teilte hierbei mit, daß das Ministerpensionsgesetz dem Reichsrat vorliege und daß die im Sommer abgebrochenen Beratungen darüber Mitte November wieder aufgenommen werden sollten. Der Entwurf werde dann dem Reichstag sofort zugehen.

Ein Schritt zur Wiedergesundung des akademischen Lebens.

Der Austritt der volksparteilichen Hochschulgruppen aus der „Deutschen Studentenschaft".

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

Berlin, 6. Nov. Der Reichsausschuß der Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei hat am 2. November in Hamburg beschlossen, eine weitere Beteiligung an der Arbeit der „Deutschen Studentenschaft" abzulehnen. In der Entschließung wird zunächst gesagt, daß der 12. Deutsche Studententag in Hannover die erwartete Klärung der hochschulpolitischen Lage nicht gebracht habe, da es die „Deutsche Studentenschaft" vorgezogen habe, statt einer klaren Entscheidung politische Demonstrationen vorzunehmen. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Die Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei bedauern, diese Entwicklung nicht länger mitverantworten zu können. Wir vermögen fortan die „Deutsche Studentenschaft" nicht mehr als die Gesamtvertretung deutscher Studenten anzuerkennen und müssen eine weitere Beteiligung an den freien Studentenschaften in ihrer heutigen Form ablehnen. Umso entschiedener wiederholen wir unser grundsätzliches Bekenntnis zu einer von allen Teilen der Studentenschaft getragenen Selbstverwaltung, in der wir eine Möglichkeit staatsbürgerlicher Betätigung für die Studentenschaft erblicken."

Dieser Schritt der Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei bedeutet eine beachtliche Etappe auf dem Wege zur Wiedergesundung des akademischen Lebens. Die bisherige Mitarbeit der volksparteilichen Studenten innerhalb der „Deutschen Studentenschaft", die sich unter den verschiedensten Formen vollzog, hat der an sich in ihrer Mehrheit rechtsradikal eingestellten und geführten „Deutschen Studentenschaft" eine moralische Unterstützung zuteil werden lassen, die erheblich über die zahlenmäßige Bedeutung der volksparteilichen Hochschulgruppen hinausging. Das jetzige Abrücken ist daher besonders dadurch von Bedeutung, daß es die Unmöglichkeit einer sachlichen Zusammenarbeit mit den überwiegend völkisch und nationalsozialistisch eingestellten Kreisen der „Deutschen Studentenschaft" zeigt.

Der Skandal an der Wiener Universität.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

L Wien, 7. Nov. Die Hakenkreuzler- und Heimwehrstudenten haben es anscheinend darauf abgesehen, durch eine Serie von Pogromen die andersgesinnten Studenten und Professoren so lange zu terrorisieren, bis sie glauben, ihre antisemitischen Forderungen durchdrücken zu können. Heute erstürmten die Hakenkreuzler- und Heimwehrstudenten das Anatomische Institut des bekannten Professors Tandler, der außerdem sozialdemokratischer Wiener Stadtrat für die soziale Fürsorge ist. In einer regelrechten Schlacht zertrümmerten sie alles, was sich im Hörsaal befand, so daß jetzt Fensterscheiben, Knochenteile und Stuhlbeine durcheinanderliegen. Die akademische Obrigkeit, deren Verhalten zu einem immer größeren Skandal wird, hatte nichts für den Schutz des Anatomischen Instituts getan, obgleich mit einem solchen Sturm zu rechnen war. Die Polizei, die sich in der Nähe des Instituts befand, konnte nicht eingreifen, da ihr das Betreten akademischen Bodens nur mit Erlaubnis des Rektorats gestattet ist.

Dann zogen die Hakenkreuzler- und Heimwehrstudenten vor die Universität. Dort wurden aufhetzende Reden gehalten, in deren Folge sich der antisemitische Stoßtrupp auf die Universitätsbibliothek stürzte. Dort wurde eine Anzahl sozialdemokratischer Studentinnen verprügelt. Mit diesem Erfolg noch nicht zufrieden, trieben sie alle ihnen nicht genehme Studenten und Studentinnen in die Universitätsaula. Dort wurden diese mit Ochsenziemern empfangen, um schließlich über die Rampe ins Freie befördert zu werden. Auch hier griff die akademische Obrigkeit nicht ein und verhinderte das Einschreiten der Polizei. Diese konnte nichts anderes tun, als schließlich einen Kordon vor der Universität zu ziehen, durch den die verprügelte Minderheit von der Universität ferngehalten wird, während die Hakenkreuzler- und Heimwehrstudenten die Räume der Universität behaupten. Schließlich um 13½ Uhr machte das Rektorat bekannt, daß das Anatomische Institut geschlossen sei und daß im Falle weiterer Krawalle auch die Universität geschlossen werden würde.

Die Vulkankatastrophe von Guatemala

400 Todesopfer.

Guatemala, 7. Nov. (Wolff.) Nach amtlicher Schätzung haben bei dem Ausbruch des Vulkans Santa Maria mehr als 400 Menschen ihr Leben verloren. Dies ist die größte Vulkankatastrophe auf dem amerikanischen Kontinent seit dem Ausbruch des Mont Pelée auf Martinique.

r Luxemburg, 5. Nov. (Priv.-Tel.) Bei der heutigen Eröffnung der luxemburgischen Kammersession erhielten der bisherige Präsident Reuter (Klerikal) und Vizepräsident Galle (Liberal) je 27 Stimmen der klerikal-liberalen Koalition. Die radikal-sozialistische Opposition hatte weiße Zettel abgegeben.

AUS WELT UND LEBEN

Nebukadnezar und Rotkäppchen.

In Los Angeles hat das Schwurgericht, wie Europapreß berichtet, seinen Spruch in dem bewegten Sensationsprozeß gefällt, der tagelang gegen den Multimillionär Pantages, den Besitzer zahlreicher Vergnügungsunternehmungen, geführt wurde. Der Prozeß endete mit der Verurteilung von Pantages zu einer Gefängnisstrafe wegen Beleidigung und tätlichen Angriffs auf eine 17jährige Tänzerin namens Eunice Pringle. Die Tänzerin hatte behauptet, Pantages habe ihr in seinem Privatkontor die Kleider vom Leib gerissen und sie in ihrer Ehre bedroht. Pantages behauptete seinerseits und vertrat während des ganzen Prozesses mit Energie die Behauptung, daß er das Opfer eines plumpen Erpressungsversuchs geworden sei. Die Pringle habe ihm zuerst Avancen gemacht, und als das keinen Eindruck gemacht habe, habe sie sich selbst die Kleider vom Leibe gerissen und sei schreiend aus dem Kontor gelaufen. Sowohl von der Verteidigung wie von der Anklage wurden in dem Prozeß schonungslos das Privatleben der Parteien vor die Oeffentlichkeit gezerrt. Der Anklagevertreter verstieg sich in seinem Plädoyer dazu, Pantages mit Nebukadnezar zu vergleichen, während die Tänzerin, über die übrigens verschiedene Zeugen recht pikante Dinge ausgesagt hatten, nach seiner Schilderung ein vom Wolf bedrohtes Rotkäppchen sei.

Eine Trauerbotschaft.

Der Leipziger Antiquar Friedrich Meyer veröffentlicht am Schlusse seines neuesten Katalogs „Vom Barock bis zur Romantik" folgende Anzeige mit Trauerrand:

Hiermit erfülle ich die Pflicht, die Empfänger dieses Katalogs von dem Ableben des in meinem Hause seit 33 Jahren tätig gewesenen

Herrn Kredit

geziemend in Kenntnis zu setzen.

Die säumigen Zahler haben den Tod dieses Herrn leider veranlaßt.

Leipzig, November 1929.

Friedrich Meyer, Antiquar.

Wir sind überzeugt, daß diese Trauernachricht allgemeine Teilnahme finden wird. War doch der Herr Kredit wegen seines freundlichen und entgegenkommenden Wesens eine in weiten Kreisen bekannte und geschätzte Persönlichkeit! Der Leipziger Antiqar hat anscheinend trotz schmerzlicher Verluste den Humor noch nicht verloren.

Urteutsch, etwas säuerlich.

„Das Neue Reich" entdeckt in den „Münchner Neuesten Nachrichten" folgendes Inserat:

„Ich habe einen erstklassigen Fachmann, der früher in Lothringen die Käse herstellte, gewonnen, und wird mein 70prozentiges Sahnekäse-Erzeugnis von keinem Auslandsprodukt übertroffen. Ich bringe dasselbe unter der Bezeichnung „urteutsch" in den Verkauf. Der Käse schmeckt angenehm säuerlich, regt die Verdauung an und erhält Magen und Darm gesund. „Urteutsch" ist in allen maßgebenden Geschäften erhältlich."

Die 100prozentigen „Teutschen" werden in dem angepriesenen 70prozentigen Erzeugnis den ihnen angemessenen Käse gefunden haben.

L.

Amerika in Deutschland.

Ueber eine eigenartige Gegend plaudert E. Heim in einem reichbebilderten Artikel in der soeben erschienenen Nr. 46 des „Illustrierten Blatts". Es handelt sich um das alte Siedelungsgebiet im Warthebruch im Regierungsbezirk Frankfurt a. d. Oder. Heim schreibt: Wir fahren von Berlin mit dem Auto ostwärts bis zur alten Oder-Festung Küstrin. Auf dem Bahnhof fragen wir nach dem Weg nach Amerika. Nicht etwa erstaunte Gesichter. „Na, zu laufen ist es ja ein bißchen weit, aber bis Neu-Amerika können Sie ja mit der Bahn fahren." Immerhin kauften wir zum Andenken eine Fahrkarte Küstrin—Neu-Amerika und fuhren weiter. Nach einigen Kilometern steht neben der Strecke ein großes Schild mit der Aufschrift „Neu-Amerika", sonst nichts. Ein wenig abseits liegen zwei Häuser, keine Bahnhöfe. Nur ein Schild und zwei Zäune. Das ist Neu-Amerika. Dann ein gelber Wegweiser „Nach Jamaika 7 Kilometer". Bald haben wir die ersten Häuser von Jamaika neben uns. Verstreute, niedrige Häuser, jedes aus Fachwerk mit buntgestrichenen Balken, jedes mit Hof und Garten. Kilometerlang zieht sich das Dorf hin, und endlich kommen wir an eine Wegkreuzung. Die seltsamste, die ich je gesehen. Vier Richtungen werden hier angezeigt. Eine davon heißt Wozfelde, die anderen aber Hampshire, Jamaika und Ceylon. Zehn Meter abseits steht ein großes Schild mit der Aufschrift „Ceylon". Schon dahinter steht ein Ziegelhaus mit einem Turm, laut einer Tafel der „Freiwilligen Feuerwehr von Florida" gehörig.

Woher diese eigenartigen Ortsnamen kommen, weiß man so recht gar nicht. Die einen sagen, daß zu Zeiten Friedrichs des Großen viele nach Amerika auswandern wollten. Amerika begann das Land der Hoffnung zu werden. Doch der alte Fritz verbot ihnen auszuwandern, siedelte sie in Warthebruch an. Ihren Dörfern gab er amerikanische Ortsnamen mit den Worten: Da habt ihr euer Amerika. Die Historiker aber meinen: Die Namen stammen aus der Zeit der Warthebruch-Entwässerung. In der ersten Periode der Besiedlung und Urbarmachung gab man den Orten Namen verdienter Leute aus dem Siebenjährigen Kriege. Später war es der amerikanische Unabhängigkeits-Krieg, dessen Wirkungen bis hierher ausstrahlten.

Ueber Hampshire, Pennsylvanien, Saratoga, Havanna und Savanna kommen wir nun zur Warthe. Eine Fähre bringt uns hinüber. Am anderen Ufer benutzen wir den Hochwasserdeich der Warthe als Fahrstraße. Es ist die einzige Verbindung mit New York. Was wäre „Amerika" ohne „New York"? Die Häuser kann man an einer Hand zählen. Hundert Meter weiter beginnt schon Yorkshire. So endete die Reise Berlin—Amerika in drei Stunden.

Die Stiefel des Torschützen.

Der beste Torschütze der englischen Fußballmannschaft Stockport, Newton, war der Meinung, daß seine Fußballstiefel wirklich zu abgetragen seien, und ließ sich ein Paar neue „Schußstiefel" anfertigen. Aber mit den alten Stiefeln hatte Newton scheinbar auch sein Schußvermögen abgelegt und in den drei nächsten Spielen konnte er kein Tor erzielen. Im vierten Match zog er dann die alten Stiefel wieder an und seitdem fallen die Tore wieder wie früher.

K. K.

---

sitzt im Hof der Fürsorgezöglinge und bläst unermüdlich, manchmal falsch, aber immer aus vollem Herzen. Die Mädchen singen mit. Man fühlt ihre Freude. Rheinlieder, Volksweisen, dann zur Abwechslung und um die Bildung zu beweisen: Gaudeamus igitur ...

Bei unserem Rundgang in dem Garten. Auf dem Bergabhang mäht ein Mann Gras. Er ist so tief beschäftigt, daß er uns erst merkt, als der Direktor ihn laut begrüßt. Sofort beginnt er zu lamentieren, er beklagt sich, wie immer, wenn er den Direktor sieht:

„Es ist sehr heiß ... und wir bekommen schlechtes Essen. Die Bohnen waren heute gar nicht gut und ich habe Hunger ..."

„Und warum hast du so eine geschwollene Backe?" lenkt ihn der Direktor ab.

„Ei, da habe ich ein dickes Zahn."

„Tut es dir weh?"

„Ja."

„Soll ich ihn ausziehen?"

„Nein, nein, noch nicht, er ist noch nicht ganz faul ..." und als wir lachen: „Aber wenn Sie es unbedingt sehen wollen, kann ich es Ihnen heute nachmittag zeigen ..."

Einfältig wie ein Kind. Ein unheilbarer Schwachsinniger.

*

Auf dem Rasen vor dem freien Heim der neunzehn Zöglinge, zwischen Gartenmöbeln und Sonnenschirmen, ein Geburtstagstisch. Zwischen vielen Blumen die Geschenke: einige Bildchen, eines sogar eingerahmt, ein Stück Seife, eine Tafel Schokolade. Ein Zögling ist heute achtzehn Jahre alt geworden. Ein kräftiges, hübsches Ding. Sie lacht verschämt, als wir sie beglückwünschen.

*

Unter einem schattigen Baum sitzt ein alter Mann und liest. Ich bin neugierig, womit er sich beschäftigt, wir treten näher, und während er mit dem Direktor spricht, hebe ich das hingelegte Buch auf. Es ist Tacitus in Latein.

„Sind Sie auch Psychiater?" erkundigte er sich nachher bei mir.

„Ich bin Journalist."

„Sehen Sie," nickt er einigemale, „ich sollte auch ein Journalist werden. Der alte Leopold Sonnemann wollte mich damals nach Mailand schicken," er lächelt. „Es ist schon lange her. Von welcher Zeitung kommen Sie?"

Dann, als er erfährt, daß ich gerade die „Frankfurter Zeitung" vertrete, überhäuft er mich mit Fragen, die ich kaum beantworten kann. Er will alles wissen von Verstorbenen und Lebenden und starrt uns sinnend nach, als wir gegangen sind.

*

Wir werden zur Bahn gebracht, als der Chauffeur plötzlich bremst und auf eine querfeldein laufende Frauengestalt deutet. Es ist das Mädchen, das heute morgen ausrückte. Vor der Autorität der Uniform eines eben vorbeiradelnden Feldpolizisten bleibt das Mädchen stehen und wird von dem Chauffeur in Empfang genommen. Mir scheint, daß dieser Autolenker in seinem Dienste selbst ein wenig Psychiater geworden ist, denn er spricht freundlich auf das Mädchen ein und läßt sie neben sich Platz nehmen. Der Vorfall ist erledigt. Wir fahren weiter. Der Chauffeur unterhält sich mit der Ausreißerin, und ich sehe in der Spiegelung der Schutzscheibe, wie dicke Tränen über ihr Gesicht rollen.

Durch das kleine Hinterfenster eingerahmt erblicke ich nochmals Hadamar. Die Anstalt erhöht auf dem Berghang. — Dann verschwindet das Städtchen hinter einer Kurve.

Laszlo Rozsa.

= [Musik in Leipzig.] Nun hat endlich auch Hermann Scherchen eines der großen Gewandhaus-Konzerte geleitet und siehe da: das Abendkonzert mit seiner teilweise stark konservativ gerichteten Besucherschaft trug dem im Geruch des Radikalismus stehenden Gaste kaum minder stürmische Huldigungen ein als die Hauptprobe mit ihrem vorurteilsfreieren Publikum! Scherchen führte sich durch eine dramatische und farbenglühende Wiedergabe der „Genoveva"-Ouvertüre von Schumann ein und schloß, hier auf gleichem Boden wie Furtwängler, mit der objektiv-blutvollen Wiedergabe der Dritten Symphonie von Brahms. Dazwischen erklang — von Günter Raphael an Hand einer nachgelassenen Klavierfassung eingerichtet und gestrafft — ein Frühwerk von Dvořák: das Cellokonzert in A dur; ein liebenswürdiges, doch nicht eben saftreiches Stück Romantik von leichter slawischer Tönung; bei der (Ur-) Aufführung bestätigte sich Hans Münch-Holland vom Gewandhausorchester als ein Cellist von feinster Kultur in Technik und Gestaltung.

Gewisse Besorgnisse um die Zukunft der Leipziger Oper, des „Neuen Theaters", sind jetzt glücklicherweise verscheucht, denn der Rat der Stadt hat den Vertrag, der Walter Brügmann bis zum 31. Juli 1930 als Operndirektor an das genannte Institut band, zunächst auf drei Jahre erneuert.

rb.

= [Kleine Mitteilungen.]

Nach der amtlichen Statistik des polnischen Kultusministeriums gibt es gegenwärtig in Polen nicht weniger als 87 religiöse Sekten.

Conan Doyle wird eine Reihe von Gastvorstellungen halten. Er wird im nächsten Jahr in Berlin, Leipzig, München und Wien Vorträge über den Okkultismus halten.

Vermischte Nachrichten

Frau Zoubkow ernstlich erkrankt.

— Köln, 7. Nov. (Priv.-Tel.) Zu der durch W. T. B. gemeldeten Erkrankung von Frau Zoukow stellt auf unsere Anfrage die Leitung des St. Franziskushospitals die Gerüchte, wonach Frau Zoubkow einen Selbstmordversuch durch Veronal unternommen haben soll, in Abrede. Frau Zoubkow erkrankte gestern plötzlich unter hohen Fiebererscheinungen. Der aus Bonn herbeigerufene Sanitätsrat Dr. Hagemann stellte eine Lungeninfektion fest und ordnete die sofortige Ueberführung der Kranken in das St. Franziskus-Hospital an. Das Fieber, das gestern 40 Grad betrug, ist heute etwas zurückgegangen. Der Zustand der Kranken ist jedoch außerordentlich ernst.

Der Wettkampf um die Schachweltmeisterschaft

ms Amsterdam, 7. Nov. (Priv.-Tel.) Die 23. Partie des Wettkampfes wurde am Mittwoch fortgesetzt und endete nach 83 Zügen remis, nachdem Bogoljubow kurz nach Wiederaufnahme des Spieles die beste Fortsetzung und auch später nach dem Abtausch der kleinen Figuren eine Gewinnchance übersehen hatte. Stand des Wettkampfes: Aljechin 11, Bogoljubow 5, remis 7; oder: Aljechin 14½, Bogoljubow 8½. Die nächste und vielleicht letzte Partie des Wettkampfes wird am Sonntag in Wiesbaden gespielt.

Frankfurter Nachrichten

= Tödlicher Motorradunfall. Auf der Fahrt von Frankfurt nach Höchst wollte auf der Mainzer Landstraße bei Griesheim der 26jährige Schlosser Valentin Schall aus Nied mit seinem Motorrad einen haltenden Lastkraftwagen in schnellstem Tempo überholen. Er streifte jedoch dabei den Lastwagen und wurde mit seiner Maschine gegen einen Baum geschleudert. Er wurde so schwer verletzt, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat.

Der Sport

Zusammenschluß im Segelsport.

Auf einer Vorbesprechung der Eissegler wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit dem Deutschen Segler-Verband zu befriedigendem Resultat geführt haben: Beide großen Verbände werden sich zusammenschließen, und der Seglertag, der gleichzeitig mit dem Eisseglertag in Berlin am 9 November tagen wird, wird seine Einwilligung aussprechen. Der Eisseglerverband nimmt die Statuten des größeren Verbands an. Von jetzt ab dürfen die Angehörigen beider Verbände an allen Veranstaltungen teilnehmen. Einen Sitz im Vorstand beansprucht der Eissegler-Verband nicht, nur einen Ausschuß, der seine speziellen Interessen bearbeitet. Als gleichberechtigter Verband untersteht er nicht dem Vorstand, sondern nur dem Seglertag.

An wichtigen Beschlüssen ist vorgesehen: Die Abhaltung der Eissegel-Meisterschaft in Angerburg und zwar möglichst schon Anfang Januar, um nicht, wie im vorigen Jahr, mit der Internationalen Weltmeisterschaft in Riga zu kollidieren, und die Beteiligung einer deutschen Eisjacht an der Internationalen Eiswoche in Stockholm.

Warnungs-Signale an Bahnübergängen.

Zu den dringendsten Aufgaben im Kraftfahrzeugverkehr gehört vor allen Dingen die Sicherung von Bahnübergängen, denn gerade an diesen Stellen ist die Zahl der Unglücksfälle, die oft zu den schwersten Folgen führen, noch immer recht groß. Es gibt eine stattliche Zahl unbewachter Bahnübergänge und selbst die Schranke hilft nur wenig, wenn sie nicht in genügendem Maße kenntlich gemacht wird. Dies trifft vor allen Dingen dort zu, wo der Bahnübergang unübersichtlich ist, weil er vielleicht unmittelbar hinter einer Kurve, hinter Hecken und anderen die Sicht behindernden Hindernissen liegt. Hier die ausreichenden Sicherheitsvorrichtungen zu finden, ist für alle beteiligten Kreise eine sehr dankenswerte Aufgabe. Schon lange befaßt sich der Allgemeine Deutsche Automobil-Club mit diesem Problem. Er hat an verschiedenen Stellen Versuchsanlagen errichtet; neuerdings ist auch an der Reichsbahnstrecke Berlin—Storkow eine Versuchsanlage errichtet worden.

Recht zweckmäßig erscheinen hier zwei Warnanlagen für ungesicherte Bahnübergänge. Sie bestehen aus einer rückstrahlenden Platte von quadratischer Fläche, in deren Mitte eine Blinklampe angeordnet ist. Bei der einen Anlage erfolgt die Beleuchtung der Blinklampe elektrisch, bei der anderen durch Acetylengas. Wenn der Uebergang frei ist, blinkt die Lampe in der Minute etwa 45 Mal weiß auf. Wenn sich aber ein Zug nähert, blinkt das Licht bereits auf 250 Mtr. Entfernung rot in viel dichterer Blinkfolge auf und wird erst wieder weiß, wenn der letzte Wagen den Uebergang passiert hat. Man kann sich gut von der Wirksamkeit dieser beiden Anlagen schon auf große Entfernung hin überzeugen, die für jeden Kraftfahrer ein sicheres, nicht zu übersehendes Warnungssignal bieten. Wenn einmal eine Störung der Lichtanlage eintreten sollte, macht die rückstrahlende Tafel jeden Fahrer aber auf den Uebergang aufmerksam. Interessant ist auch an einer anderen Stelle eine Vorrichtung gezeigt, die bei gekrümmten Zufahrtswegen auf herannahende Züge aufmerksam macht. Es handelt sich um einen rückstrahlenden Winker mit der Aufschrift „Zug kommt", der an beschrankten Uebergängen beim Herablassen der Schranke in Betätigung gesetzt wird. Ferner ist ein originalamerikanisches Wig-Wag-Signal zu erwähnen, das in Storkow mit einer Zugbrücke in Verbindung steht. Sobald die Brücke geöffnet wird, fängt ein mit roter Lampe versehener Arm an zu pendeln und macht so auf die Gefahr aufmerksam.

Für die beiden letzteren Vorrichtungen besteht bei der Reichsbahn zunächst noch keine unmittelbare Absicht zur Einführung. Dagegen besteht sie aber für die beiden zuerst angeführten Warnanlagen an unbeschränkten Bahnübergängen. Die weiteren Versuche werden zweifellos noch manche Verbesserungen im Gefolge haben. Hier ist aber zweifellos ein Weg gewiesen, der geeignet ist, gegen das Ueberhandnehmen von Unfällen an Bahnübergängen Front zu machen. Uns scheint nur noch zweifelhaft, ob das weiße Licht auch bei Nebel gut sichtbar bleibt und ob nicht besser ein gelblich gefärbtes Licht vorzuziehen sei. f. w.

Wetterberichte vom 7. November

(Von der Oeffentlichen Wetterdienststelle Frankfurt a. M.)

Die Tiefdruckrinne, welche gestern über Frankreich lag, hat heute ihren Einfluß ostwärts bis zur Elblinie ausgedehnt. In Westdeutschland herrscht vorwiegend bedecktes, vielfach noch nebliches Wetter, stellenweise fällt auch leichter Regen. Da die Druckrinne bei allgemeinem Druckanstieg sich rasch verflacht, werden die Niederschläge sich nur in geringen Grenzen halten, doch bleibt die Witterung im Bereiche einer ausgedehnten Südweströmung, die über ganz Mitteleuropa hinweggeht, ziemlich stark bewölkt und unbeständig. Ueber Irland kündigt sich die Bildung eines neuen Ausläufers der nordatlantischen Zyklone an, die uns wahrscheinlich wieder etwas Regen bringen wird. Im ganzen wird es milder.

Vorhersage bis Freitag abend: Ueberwiegend wolkig, aber nur geringe Niederschlagstätigkeit, mäßige Winde aus südwestlichen Richtungen, milder.

Witterungsaussichten bis Samstag abend: Weiterhin nicht sehr beständiges, aber nicht ausgesprochen nasses Wetter, mäßig warm.

Frankfurter Handelsblatt.

Wiedergabe und drahtliche Verbreitung der Artikel mit * und der Privatdepeschen nur mit genauer Quellenangabe „Frkf. Ztg." gestattet.

* Konkurs Sklarek.

Erste Gläubigerversammlung. — Gesamtquote 20.55 pCt.

□ **Berlin,** Die erste Gläubigerversammlung vor dem Amtsgericht Mitte in der Sklarekangelegenheit ergab, wie schon erwartet worden war, daß den im wesentlichen von der Stadtbank bzw. von der Stadt Berlin vertretenen Forderungen von RM 10 bis 11 Mill. nur verhältnismäßig geringe Aktiven gegenüberstehen. Insgesamt würden die Gläubiger nach den vom Konkursverwalter aufgestellten Bilanzen, wenn sie bei allen sechs Konkursen ihre Forderungen angemeldet haben, eine Quote von 20.55 pCt. erhalten. Bei den drei offenen Handelsgesellschaften **KVG. Kleidervertriebsgesellschaft Gebrüder Sklarek, Textilgroßhandelsgesellschaft Gebr. Sklarek und Willi Sklarek** Inhaber Gebr. Sklarek betragen die Quoten in gleicher Reihenfolge 5.5 pCt., 6.6 und 2.2 pCt. In den Konkursen über das persönliche Vermögen der Inhaber wurden Quoten für Max Sklarek von 2.6, Willi 1.15 und Leo von 2.5 pCt. ausgerechnet. Was mit den von den Sklareks erhobenen Millionensummen geschehen ist, hat der Konkursverwalter nicht ermitteln können. Die Sicherungen der städtischen Forderungen durch Grundschulden umfassen nur geringe Beträge, die Uebereignung des Warenlagers wird zum Teil angefochten; mit dem wesentlichen Teil fällt also die Stadt unter die nicht bevorrechtigten Gläubiger.

Die **Grundstücke und ihre Belastungen** wurden wie folgt angegeben: auf dem mit RM 275 000 eingeschätzten Grundstück von Max Sklarek in der Ahornallee ruhen RM 80 000 Hypotheken des Berliner Pfandbriefamtes. Als Aktivum kommt dieses Grundstück somit mit RM 195 000 zum Ansatz. Das ebenfalls Max Sklarek gehörende Grundstück in der Uhlandstraße im Werte von RM 50 000 erscheint durch die Eintragungen der Stadtbank von RM 85 000 überlastet. Auf dem Grundstück Kottbuser Damm ruht eine Belastung von RM 450 000 zugunsten der Dresdner Bank, womit der Grundstückswert ganz bedeutend überschritten ist. Auf einem Magdeburger Grundstück lasten ebenfalls bedeutende Eintragungen, so daß nur ein geringer Wert verbleibt. Ein weiteres von Willi Sklarek in der Ahornallee bewohntes Grundstück wurde nur mietweise benutzt (Jahresmiete RM 17 000). Im Vermögen Leo Sklarek befindet sich das Grundstück Heerstraße 27 mit RM 350 000 Schätzungswert und RM 200 000 Hypothek der Sparkasse Berlin, Bilanzwert danach RM 150 000, und schließlich ist noch ein unbewohntes Grundstück in der Ulmenallee Berlin vorhanden, bei dem sich Schätzungswert von RM 80 000 und Belastung ungefähr aufheben. Unbelastet ist nur die Jagdvilla in Waren im Werte von RM 80 000. Das Grundstück in Hoppegarten hat nach Abzug der Belastungen einen Wert von RM 58 000.

Der **Rennstall Leo und Willi Sklarek** hat einen Reinerlös von RM 93 400 erbracht. In der Versteigerung seien die Taxwerte sämtlich erzielt bzw. überschritten worden. Wegen eines Pferdes, dessen Wert auf RM 50 000 geschätzt ist, schweben bekanntlich noch Auseinandersetzungen. Max Sklarek hatte einen eigenen Rennstall, der einen Reinerlös von RM 12 800 brachte. Wegen der Pachtung und des Inhalts des Gestüts Leutstetten schweben noch Auseinandersetzungen. Schmucksachen sind im wesentlichen Umfange nicht vorhanden. Die Wohnungseinrichtungen werden größtenteils von den Ehefrauen beansprucht. Die Bewertung der Einrichtungen bewegt sich zwischen je RM 40 000 und 60 000.

Die Passiven bewegen sich bei den Betrieben infolge der Forderungen der Stadt überall zwischen 10 und 11½ Mill., denen folgende Aktiva gegenüberstehen: bei der KVG. RM 760 771, bei der Textilgroßhandelsgesellschaft 786 334, bei der Fa. Willi Sklarek 296 706 RM und auf den persönlichen Konten bei Max Sklarek 291 903 RM, Willi 163 635 RM und Leo 289 646. Es wurde ein siebengliedriger Gläubigerausschuß gewählt, in dem die Stadt aber trotz ihrer weitaus überragenden Forderungen nur drei Sitze beansprucht, wahrscheinlich deshalb, weil eine andere Zusammensetzung vom Gericht unter Umständen wegen Interessenkollision abgelehnt worden wäre. Die Stadt entsendet den Syndikus Lange, den Stadtbaurat Hahn und den Stadtverordneten Direktor Jursch (Girozentrale).

*** Bankiersschwierigkeit in Frankfurt.** Bei der in Frankfurt a. M. bestehenden Bankfirma Paul Schlesinger-Trier & Co. sind Schwierigkeiten eingetreten, die dazu Anlaß geben, daß die Firma sich mit ihren Gläubigern ausspricht. Eine Treuhand-Gesellschaft soll zunächst den Status feststellen; man nimmt an, daß das Gesamtobjekt nicht höher zu schätzen ist als auf vielleicht 1 Million RM und die Unterbilanz auf etwa RM 350 000. — Die Firma Paul Schlesinger-Trier & Co. entstand 1921, übrigens ohne jeden Zusammenhang mit der wesentlich älteren Firma C. Schl.-Tr. & Co. in Berlin, deren Geschäfte bekanntlich mit einem Frankfurter Bankhause vereinigt worden sind.

*** Zahlungsstockung beim Beamtenwirtschaftsbund, Braunschweig.** Die Beunruhigung, die aus Anlaß der Berliner Beamtenbank-Insolvenz entstanden ist, hat lt. Berliner Drahtbericht nun auch beim Beamtenwirtschaftsbund Braunschweig ungewöhnlich hohe Abhebungen zur Folge gehabt. Der Beamtenwirtschaftsbund Braunschweig hat deshalb die Kassen schließen müssen. Die Braunschweigische Staatsbank will den betroffenen Beamten Vorschüsse gewähren.

*** Helios, Allgemeine Rückversicherungs-A.-G., Frankfurt a. M. (Favag-Konzern). — Einberufung der ausstehenden 75 pCt. des A.-K. — Opposition.** Wie wir erfahren, hat die Verwaltung des „Helios" die ausstehenden 75 pCt. des A.-K. von RM 2 Mill., von denen sich RM 1 Million im Portefeuille der Favag befinden, zum 31. Dez. d. J. einberufen. Der „Helios" ist die Holdingfirma für die nur mit 25 pCt. einbezahlten RM 5.20 Mill. Aktien Lit. B der Frankfurter Allgemeinen; für die Vollzahlung dieser Aktien Lit. B der Favag mußten auf Veranlassung des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung Großaktionäre der Favag (Dumcke, Becker etc.) die Ausfallgarantie im Falle einer Leistungsunfähigkeit des Helios übernehmen; wegen erfolgter Weiterübertragungen dieser Bürgschaft (betr. Dumcke) waren Auseinandersetzungen im Gange. Am „Helios" sind auch Einzelaktionäre durch Aktienbesitz beteiligt, die mit dem Favag-Konzern sonst nichts zu tun haben. Dem Vernehmen nach zeigt sich in den Kreisen dieser Aktionäre Opposition gegen die Leistung der Vollzahlung. Es wird von dieser Seite beabsichtigt, eine außerordentliche Generalversammlung herbeizuführen, in welcher der Antrag auf Einsetzung einer Revisionskommission, auf Vorlegung der Verträge wegen Uebernahme der Lit. B. - Aktien der Favag durch den Helios gestellt werden soll. Beabsichtigt ist somit eine Nachprüfung der ganzen Geschäftsgebarung des Helios, der bekanntlich außer der Holdingfunktion im Favag-Konzern noch wesentlich andere Aufgaben bei den vielfältigen Geschäften der Favag-Verwaltung hatte.

*** Verfrühte Gerüchte über Hypothekenbankfusionen.** Zu den Fusionsgerüchten in Hypothekenbankkreisen ist lt. Berliner Drahtmeldung auch nach weiteren Erkundigungen bestätigend festzustellen, daß aktuelle Verhandlungen nicht vorliegen (vergl. gestr. Abendbl.). Auch bei Unterhaltungen zwischen Vorstandsmitgliedern vom **Zentralboden** und **Preußische Pfandbriefbank** scheint es sich mehr um eine persönliche Fühlungnahme gehandelt zu haben als um eine Besprechung der Direktionen in aller Form.

*** Fusion Nordstern — Vaterländische.** Nachdem der in der G.-V. der Vaterländischen und Rhenania erhobene Protest zurückgenommen worden ist, hat das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung die Genehmigung zur Fusion Nordstern — Vaterländische erteilt.

*** Ver. Chemische Werke A.-G., Berlin. — Ungewisse Aussichten.** In der G.-V., die den Abschluß für 1928/29 ohne Erörterung genehmigte, erklärte, wie uns aus Berlin gedrahtet wird, die den Kokswerken nahestehende Verwaltung, daß man sich erst nach eingehender Ueberlegung für eine auf 4 (7) pCt. weiter reduzierte Dividende statt für einen völligen Ausfall entschieden habe, um den Minderheitsaktionären entgegenzukommen (sie stehen, wie es gelegentlich schon zum Ausdruck gelangt ist, dem Majoritätswechsel mit gemischten Gefühlen gegenüber. D. Ber.). Da es fraglich sei, ob die an den beträchtlichen Vorräten bisher vorgenommenen Abschreibungen ausreichend sind, und da weiterer Propagandaaufwand notwendig sei, blieben die Aussichten trotz steigender Umsätze ungewiß. (Tageskurs 62.5 pCt.)

*** Berliner Verkehrs A.-G.** Die Universalversammlung — alleiniger Aktionär ist bekanntlich die Stadt Berlin — genehmigte die Bilanz für 1928, der lediglich formale Bedeutung zukommt, da das erste Geschäftsjahr nur einen Monat umfaßt und die Betriebsführung erst mit dem 1. Januar 1929 auf die Gesellschaft übergegangen ist. Das Gewinn- und Verlustkonto enthält infolgedessen nur einen durch Gründungskosten entstandenen Verlust von RM 517 111. In der Bilanz erscheinen (alles in Mill. RM) bei 400 A.-K. Obligationen mit 13.49 und Kreditoren mit 0.79 gegenüber 267.96 Straßenbahnen sowie 145.84 Effekten und Beteiligungen. Wann die notwendige Konsolidierung der kurzfristigen Auslandsverpflichtungen (bekanntlich insgesamt ca. RM 60 Mill.) gelingen wird, sei bei der gegenwärtigen **Verfassung des internationalen Kapitalmarktes nicht zu übersehen.**

*** Süddeutsche Baumwolle-Industrie A.-G., Kuchen. — Rückwirkungen der Absatzstockung: Ertragsminderung und Dividendensenkung.** Die Verschärfung der Absatzschwierigkeiten in der Textilbranche machte, wie anderwärts, auch bei diesem Unternehmen 1928/29 zeitweise Betriebseinschränkungen erforderlich.

Ueber die Umsätze werden keine Angaben gemacht. Sie waren aber offenbar erheblich niedriger als i. V.; jedenfalls gingen die Betriebserträge (wieder erst nach Abzug der nicht ausgewiesenen Unkosten) auf RM 395 840 (542 655) zurück. Von den Unkosten werden im Bericht nur die sozialen Aufwendungen von rd. RM 140 000 erwähnt. Nach RM 278 330 (227 382) Abschreibungen werden aus dem einschl. RM 114 428 (39 455) Vortrag verbleibenden Reingewinn von RM 231 938 (354 728) der G.-V. (26. Nov.) 4 (6) pCt. Dividende auf RM 4 005 000 A.-K. vorgeschlagen. Der in der Bilanz (30. 6.) verzeichnete Rückgang der Verpflichtungen auf RM 4.09 (5.41) Mill. dürfte sich durch den verminderten Geschäftsumfang erklären; in der gleichen Zeit wurden nämlich Vorräte auf RM 4.44 (5.51) Mill. und Debitoren auf RM 2.96 (3.26) Mill. gesenkt. Zur Anpassung der Handelsbilanz an die Steuerbilanz war eine Erhöhung des Immobilienpostens um RM 728 832 notwendig, so daß der Buchwert der Anlagen auf RM 2.27 (1.53) Mill. stieg. Dementsprechend wurde andererseits eine Rücklage II mit RM 728 832 neu eingerichtet, neben unver. RM 450 000 Rücklage I, RM 150 000 Sonderrücklage und RM 85 360 Delkredere.

Die Aussichten für das neue Jahr seien noch unbestimmt; die Garn- und Gewebevorräte hätten stark abgenommen. (Letzter Kurs in Stuttgart 67 pCt.)

*** Kammgarnspinnerei Stöhr A.-G., Leipzig.** In dem soeben veröffentlichten Prospekt über die Einführung von RM 4.5 Mill. neuer Aktien an der Leipziger Börse wird lt. Drahtbericht der Umsatz in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres mit RM 16.82 Mill. gegenüber einem Gesamtumsatz von RM 42 Mill. i. V. angegeben. Z. Zt. sei das Werk in allen Abteilungen voll beschäftigt; es lägen Aufträge noch für mehrere Monate vor. Die im Dezember v. J. beschlossene Kapitalerhöhung sei inzwischen durchgeführt worden. Die aufgestellte Zwischenbilanz per 30. Juni 1929 zeige eine ziemliche Anspannung des Status ungeachtet der hereingenommenen Gelder und der Kapitalerhöhung. Ueber das voraussichtliche Ergebnis enthält sich die Verwaltung einer Voraussage.

*** Ausdehnung der Preag auch in Mitteldeutschland.** Die Preußische Elektrizitäts A.-G. beabsichtigt lt. Drahtbericht aus Halle, den **Elektrizitätsverband Weißenfels-Zeitz** zu übernehmen; die Verhandlungen ständen vor dem Abschluß. Der Kaufpreis wird nach der „Saalezeitung" etwa rd. RM 6 Mill. betragen. Der Elektrizitätsverband Weißenfels-Zeitz, der etwa 400 Ortschaften mit Strom versorgt, besitzt kein eigenes Kraftwerk; er bezieht den Strom von dem Kraftwerk der Riebeckschen Montanwerke in Theißen.

*** Der Beirat des Branntweinmonopols** wird sich nach Informationen unserer Berliner Redaktion in der zweiten Hälfte des Monats mit den Fragen einer Senkung des Uebernehmerpreises und einer weiteren Beschränkung des für das laufende Jahr auf 85 (100) pCt. festgesetzten Brennrechtes beschäftigen. Diese Fragen erscheinen der Oeffentlichkeit bei der wirtschaftlichen Entwickelung des Monopols schon längst zur Lösung reif; durch die Baisse der Kartoffelpreise sind sie nunmehr erst recht akut geworden. Entschiedene Kritik müßte es hervorrufen, wenn sich Angaben bestätigen sollten, daß man sich mit einer Herabsetzung des Uebernahmepreises auf etwa RM 62 bis 63 (jetzt 65) zu begnügen gedenkt. Diese belanglose Korrektur wäre eine bloße Geste; den tatsächlichen Verhältnissen würde man damit aber in keiner Weise Rechnung tragen, nimmt man doch selbst in Interessentenkreisen an, daß für die Branntweinerzeugung bei dem derzeitigen Stand des Kartoffelmarktes auch noch ein Uebernahmepreis von RM 55 mehr als ausreichend wäre.

*** Aus dem Haberland-Konzern.** Bei der Terraingesellschaft Berlin-Südwesten in Liqu. ist das Liquidationskonto weiter auf RM 4.06 (4.13) Mill. gesunken. Zinsen erbrachten RM 129 419 (72 284), andererseits werden an Steuern RM 156 779 (131 083) und an Unkosten 46 882 (45 928) ausgewiesen. Eine Verwertung des Grundbesitzes war nur bei gemeinnützigen Gesellschaften möglich. Die Preisbemessung erfolgte durch die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft Berlin m. b. H., die die Hauszinssteuer verteilte, aber nur dann, wenn der Preis sich in „sehr bescheidenen" Grenzen halte. Die Bemühungen um Fortsetzung der Gartenterrassenstadt hatten teilweise Erfolg. Im Berichtsjahr wurden 54 712 qm zu RM 30 verkauft, so daß der Restbestand noch rd. 287 000 qm beträgt im Buchwert von 4.11 (5.72) Mill. Dadurch ist das Bankguthaben auf 0.77 (0.18) und Hypothekendebitoren auf 0.97 (0.17) Mill. angewachsen, während andererseits Straßenregulierungsschulden mit 1.96 (2.0), Kreditoren mit RM 70 000 (53 000) und Hypothekenkreditoren unverändert mit 29 000 ausgewiesen sind. Die Gesellschaft beantragt die Ausschüttung von RM 100 je Aktie, also von insgesamt 1.24 Mill. ab 15. Januar 1930. Weitere Verkaufsverhandlungen seien in der Schwebe. (Kurs RM 333.)

*** Rheinisch - Westfälische Kupferwerke A.-G., Olpe i. W.** Die Gesellschaft verhandelt lt. Essener Drahtbericht wegen Verkaufs ihrer Betriebe an die Kupferhüttenwerke A.-G. in Kupferhütte bei Flensburg. Die Aktien der Rhein.-Westf. Kupferwerke in Olpe (ursprünglich in Familienbesitz) gingen 1927 an den Viag-Konzern über, dem Vernehmen nach je zur Hälfte an die Erftwerke A.-G. Grevenbroich und die Ver. Aluminiumwerke A.-G.

*** Neugründung.** In Berlin wurde lt. Drahtmeldung unter Uebernahme der gleichnamigen Kom.-Ges. die Rud. A. Hartmann A.-G. mit RM 800 000 Kapital gegründet. Für die Einbringung der seitherigen Firma, die gesundheitstechnische Apparate herstellt, werden RM 1.5 Mill. gewährt, davon RM 0.70 Mill. in bar. Den A.-R. bilden Kaufmann Krüger (Friedrichshagen), R.-A. Dr. Langkau (Berlin) und Bank-Dir. Dr. Alfred Sachs (Neubabelsberg).

*** Maschinenbau A.-G., Golzern-Grimma.** Nach einem Berichtsauszug war die Gesellschaft 1928/29 in allen Abteilungen voll beschäftigt. Der Umsatz habe sich erhöht (Zahlen fehlen). Die allgemeine Lage der Metallindustrie sei nach wie vor schwierig. Besonders das Auslandsgeschäft werde durch die hohen steuerlichen und sozialen Lasten erschwert. Der Ueberschuß stieg auf RM 0.61 (0.51). Nach Abschreibungen von wieder 0.05 Mill. ergibt sich ein Reingewinn von RM 198 981 (165 331), woraus die gemeldete Dividende von 10 (8) pCt. verteilt wird. Aus der Bilanz (in Mill. RM): Vorräte 0.38 (0.41), Debitoren 1.12 (1.01); andererseits Kreditoren 1.04 (1.05). Der Auftragsbestand sichere auf Monate hinaus ausreichende Beschäftigung.

*** Tüll- und Gardinenweberei A.-G., Plauen.** Die Gesellschaft schließt, wie bereits berichtet, nach RM 62 616 (94 299) Abschreibungen bei rd. RM 1 Mill. Kapital mit einem Reingewinn von RM 8855 (8714), der vorgetragen wird. Die Umsätze in Tüll konnten weiter gesteigert werden, während in der Abteilung gewebte Gardinen ein Rückgang zu verzeichnen sei. Export sei unmöglich gewesen.

*** Hackfruchternte und Wintersaaten Anfang November.** Durch die im Oktober eingetretenen Regenfälle ist die Weiterführung der Feldarbeiten allgemein begünstigt worden. Die Hackfruchternte ist nahezu beendet. Die Aussaat von Wintergetreide hat gute Fortschritte gemacht und ist nunmehr bis auf Teile der Hackfruchtschläge durchgeführt. Die frühzeitig eingebrachten Saaten sind allenthalben schon aufgelaufen; ihr Stand ist zumeist befriedigend. Soweit bereits eine Beurteilung der Wintersaaten möglich ist, ergibt sich im Reichsdurchschnitt unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 gleich gut, 3 gleich mittel, 4 gleich gering folgende Begutachtung: Winterweizen 2.7 (i. V. 2.5), Winterspelz 2.8 (2.5), Winterroggen 2.6 (2.6), Wintergerste 2.6 (2.6).

*** Behauptete Elektrokonjunktur.** Die Erleichterung der Geldverhältnisse in den letzten Wochen hat auf den Kapitalmarkt noch nicht übergreifen können. Infolgedessen waren die Mittel, die für eine Sättigung des Investitionsbedarfs zur Verfügung standen, ziemlich beschränkt. Zumal die Elektrotechnik hat in letzer Zeit etwas unter Zurückhaltung der Kundschaft gelitten, und zwar nicht nur im Verkehr mit der Privatwirtschaft, sondern auch, und vor allem, im Behördengeschäft (kommunale Werke). Der Neuzugang an Bestellungen war infolgedessen zwar nicht mehr so groß wie in früheren Monaten und wie im Vorjahr; auch das Geschäft in elektrischen Bahnen war klein. Dafür erteilte aber die Reichspost wieder Aufträge auf automatisches Telefongerät. Auch das Rundfunkgeschäft entwickelte sich saisongemäß günstiger. Das Industriegeschäft hielt sich im Durchschnitt auf bisheriger Höhe; die Steinkohlenindustrie trat sogar verstärkt als Auftraggeber auf. Die Nachfrage nach Schaltapparaten und der Absatz an Haushaltungsgegenständen haben sich, z. T. saisongemäß, belebt. Auch das Auslandsgeschäft ist verhältnismäßig günstig geblieben, obwohl die vielfach von den Abnehmern verlangten langfristigen Kreditierungen das Geschäft erschwerten. Im ganzen also ist die Konjunktur für die Elektrotechnik ziemlich günstig. Beschäftigung liegt noch für einige Zeit vor, auch schweben aussichtsreiche Verhandlungen über Neuobjekte.

*** Eisen- und Stahlmarkt in U.S.A.** Die Roheisenproduktion in den Vereinigten Staaten betrug lt. „Iron Age" während des Oktober 3 588 000 (i. V. 3 374 000) t gegen 3 467 000 im September. Die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen wird mit 203 (i. V. 197) gegen 205 angegeben. Die tägliche Produktionsfähigkeit stellte sich auf 116 000 (i. V. 109 000) gegen 115 000 t. Die Käufer von Eisen und Stahl seien infolge der Kursstürze an der Effektenbörse vorsichtiger geworden. Die Lagerbestände der großen weiterverarbeitenden Industriezweige seien gering, und man erwarte, daß die Nachfrage mit Ausnahme der von der Automobilindustrie ausgehenden anhalte. Die leichteren Geldmarktverhältnisse dürften eine Belebung der Stahlnachfrage für Eisenbahnausrüstungen herbeiführen.

*** Wollauktion Ulm.** Der Termin für die dritte Ulmer Wollauktion, die infolge der Lage am Weltwollmarkt notwendig geworden ist, ist auf Ende November bestimmt.

Letzte Nachrichten.

ff **Essen,** 7. Nov. Bei der Stahlhaus G. m. b. H. in Duisburg sind nach Ausscheiden der bisherigen Geschäftsführer neu bestellt Dir. Eugen Schlitter und Dr. Wolfgang Linz.

v **Mannheim,** 7. Nov. Die Produktenbörse verlief ruhig bei rückgängigen Preisen. Verlangt wurden für die 100 kg ohne Sack waggonfrei Mannheim: Weizen inl. 25½ bis 25¾, ausl. 27 bis 32, Roggen inl. 19, Hafer inl. 18 bis 19, Braugerste badische, württembergische und Taubergerste 20½ bis 21½, pfälzische 22 bis 23, Futtergerste 18 bis 19, Mais mit Sack 19½ bis 19¾, südd. Weizenmehl spezial 0 37¾, zweite Sorte 36¼, Weizenauszugsmehl 41¾, südd. Weizenbrotmehl 27¾, südd. Roggenmehl je nach Ausmahlung 27 bis 31½, Weizenkleie feine 9½ bis 9¾, grobe 10¼ bis 10½, Leinsaat 47.

L **Wien,** 7. Nov. Nach einer in der heutigen „Grazer Zeitung" vom Landesgericht (als Handelsgericht) Graz verlautbarten Kundmachung wurde zwischen dem Kurator der Besitzer der Teilschuldverschreibungen der von der Leoben-Vordernberger-Eisenbahn ausgegebenen Prioritätsanleihen von 1893 und 1903 und der genannten Gesellschaft ein Vergleich abgeschlossen. Danach wird den Besitzern von noch nicht rückgelösten gesellschaftlichen Prioritätsobligationen in der Höhe von K 917 000 nom. für je K 2000 nom. eine Gesellschaftsaktie von S 3 mit Kupon ab 1929 ausgefolgt.

*** Londoner Bankrate unverändert.** Entgegen umlaufenden Gerüchten hat die Bank von England, lt. Londoner Drahtmeldung, ihre Bankrate auf 6 pCt. belassen.

*** E. I. du Pont de Nemours & Co.** Wie unser New Yorker m-Korrespondent schreibt, erzielte dieser amerikanische Konzern der chemischen Industrie mit Beteiligungen in den verschiedensten Gebieten in den ersten neun Monaten des Jahres Gesamteinnahmen — einschl. Beteiligungen und Effekten — von Doll. 64.9 (54.0) Mill. Nach Abzug der Steuern, der Zinsen für die Obligationen der Tochtergesellschaften und der Dividenden auf die Debentures verbleibt ein Reingewinn von Doll. 57.2 (48.3) Mill. Da sich zur Zeit 10.15 Mill. St.-A. im Umlauf befinden, entfällt also auf einen Share Doll. 5.64 (5.19).

*** Französische Abschlüsse. — Allgemeine Expansion.** Die Société des Aciéries et Forges de Firminy in Lyon weist laut Pariser Drahtbericht ebenso wie die meisten französischen Eisenbahngesellschaften für 1928/29 eine wesentliche Gewinnsteigerung auf und beantragt aus Fr. 26.03 (21.05) Mill. Reingewinn Fr. 25 (20) Dividende pro Aktie, d. i. 10 (8) pCt. auf Fr. 100 Mill. A.-K. — Das Pariser Warenhaus „Au Printemps" beantragt aus Fr. 25.63 (25.51) Mill. Reingewinn Fr. 43.58 (43.23) Dividende pro St.-A. und Fr. 32.36 (32.21) pro V.-A. d. h. wieder etwa 40 pCt. auf Fr. 54 Mill. A.-K. In der Bilanz ist vor allem das Anwachsen der „Filialen und Tochtergesellschaften" bemerkenswert, deren Buchwert auf Fr. 53.7 (28) Mill. ansteigt und auf eine Ausdehnung ihres Geschäfts hinweist. — Die Société Electro-Cable (Draht- und Kabelproduktion) weist nach Fr. 10.55 (7.05) Mill. Abschreibungen Fr. 11.67 (8.74) Mill. Reingewinn aus. Der Dividendenantrag ist noch nicht bekannt. Das A.-K. wurde im Berichtsjahr von Fr. 50 auf 82.5 Mill. erhöht, wobei die neuen Aktien Anspruch auf halbe Jahresdividende haben. Die Bilanz zeugt von einer starken Expansion; Bilanzsumme Fr. 423.4 (294.7) Mill. Diese Ausdehnung ist nur teilweise durch die Kapitalerhöhung, teilweise durch Schuldenaufnahme finanziert worden. Die Kreditoren stiegen nämlich auf Fr. 186 (115.3) Mill.

*** Die französischen Interessen der Empain-Gruppe.** Im Zusammenhang mit dem organisatorischen Umbau der Empain-Interessen, der seit dem Tode des Barons Empain vorgenommen wird, sollen auch, wie aus Paris verlautet, die französischen Beteiligungen der Gruppe, die namentlich auf dem Gebiete der Elektroindustrie liegen, in einem besonderen Institut zusammengefaßt werden, das anstelle der persönlichen Verwaltung durch den verstorbenen Baron treten würde. Es soll die Absicht bestehen, die Verwaltung der französischen Interessen in einer nach dem Vorbild der Banque Industrielle Belge zu gründenden Industriebank zusammenzufassen. An der Gründung würde sich neben der Familie Empain auch die Banque Industrielle Belge, sowie die französische Holdinggesellschaft der Gruppe, die Parisienne Electrique beteiligen.

*** Der Packard-Abschluß.** Wie unser New Yorker Korrespondent schreibt, betrug bei der Packard Motor Car Co. in dem mit dem 31. August zu Ende gegangenem Geschäftsjahre der Reingewinn nach Abzug von Unkosten und Steuerzahlungen auf Doll. 25.1 (i. V. 21.8) Mill., d. i. Doll. 1.68 (1.46) je Share. Davon sind z. Zt. 15 Mill. nennwertloser Stücke im Umlauf, denn die 3 Mill. Stück St.-A. mit Doll. 10 nom. wurden kurz vor Ende des Geschäftsjahres im Verhältnis von 5 zu 1 gesplittert und in nennwertlose Stücke umgewandelt.

Kurssturz der polnischen Anleihe in New York. Aus New York wird ein Kurssturz der 7proz. polnischen Stabilisierungsanleihe von 1927 gemeldet, der nach dem Ostexpreß mit der gegenwärtigen politischen Krise in Polen in Verbindung gebracht wird. Die Stabilisierungsanleihe, die Mitte Oktober auf 81.5—83 pCt. stand, sei gegenwärtig auf 72 pCt. gefallen.

*** Berliner Zulassung** wurde beantragt für RM 4 Mill. neue Aktien der Preußischen Pfandbriefbank in Berlin.

Von den Börsen.

*** Frankfurt a. M.,** 7. Nov.

Tendenz: unsicher, z. T. etwas fester.

Den neuen Kursrückgängen in New York gegenüber, welche eine stoßweise Entwicklung des Spekulationsabbaus in Wallstreet erkennen lassen, zeigte die hiesige Börse eine vielbemerkte Widerstandskraft, die man z. T. auf stille Tätigkeit der Intervention, aber auch mit der zunehmenden Marktleere erklären wollte. Jedenfalls hat die Arbeit des Interventionskonsortiums Baisseoperationen von Umfang, wie sie noch vor einigen Wochen an der Tagesordnung waren, schwierig gemacht. Das Geschäft freilich blieb klein und zurückhaltend, die jeden Tag wiederkehrenden Insolvenzen in Handel und Industrie, vereinzelt auch im Bankgewerbe, mahnen zur Vorsicht, sie zeigen die große Schwächung in der Wirtschaft. Die Börse erkennt auch, daß der Ultimo mit seinen enormen Verlusten noch weiterwirkt und daß vorerst nicht abzusehen ist, ob und wie sich die sehr ungünstige Entwicklung langer Monate noch äußern kann. Nach den ersten Kursen war die Tendenz gehalten, teilweise wurde mit der Möglichkeit einer neuen Diskontermäßigung in London gerechnet, der Diskont blieb allerdings, wie später gemeldet wurde, unverändert. Im ganzen waren — nach schwächeren Frühkursen — die offiziellen Anfangskurse nicht erheblich verändert. I. G. Farbenindustrie 184¼ (183⅝), 183¾, Siemens u. Halske 308½ (309), Schuckert 190½ (191½), A. E. G. 171¾ (172), Aku unv. 144 pCt. Besonders erhöht waren Elektr. Lief.-Ges. 169½ (165) pCt., während Lahmeyer unter Angebot litten, 163¼ (167) pCt. Für Reichsbank trat erneut Interesse hervor, obwohl die gestrigen Bezugsrechtsversionen dementiert sind: erster Kurs 276½ (271) pCt. Sonst u. a. Aschaff. Zellstoff 143¾ (145), Waldhof 201 (200), Daimler erneut begehrt 47½ (46½), Phönix 105¾ (104¾) pCt. Deutsche Fonds: Ablösungsschuld mit Auslosungsschein 50 (50.10) pCt., dito ohne Schein 9.60 (9½) pCt., Schutzgebietsanleihe 4.02½ (4.05) pCt. Fremde Werte: Ung. Goldrente C. C. 21.70 (21¾) pCt., Anatolier heute etwas in Realisation, II. 17¼ (17.45) pCt., Zolltürken 7¾ (7½) pCt. In 5proz. Silbermexikanern wiederholte sich heute das Angebot, das vorsichtig in mäßigen Einzelposten an den Markt gelangt, bei dem aber doch exekutiver Charakter vermutet wird: erster Kurs 9 (9½) pCt.

Im Freiverkehr wurden kleine Beträge Klever-Aktien zu 70½ pCt. gehandelt, I.-G. Chemie Basel 199 pCt. Von amerikanischen Kunstseidewerten galten Enka 27 à 27½, Bemberg 26, Glanzstoff 23 à 23½ Dolar pro Sh. Reichsschuldbuchforderungen still, 1938er 72¼ à 72¾, 43er und 44er 66½ à 67 pCt.

Der Verlauf litt unter großer Geschäftslosigkeit; die Kursentwicklung war nicht einheitlich. Die oben erwähnte Widerstandskraft hielt zunächst an, vereinzelt waren Ansätze zu einer kleinen Besserung zu bemerken, doch war der Schluß meist abgeschwächt. Fest lagen Ohade auf das Anziehen der spanischen Valuta 367, auch Salzdetfurth höher 325 (321), ferner Darmstädter Bank 249¼ (247¾), Rheag 150½ (147½). Im übrigen schlossen Siemens 307½ nach 309, Farbenindustrie 183½, Bemberg 206 (209), Daimler 46¾, Waldhof 199½, aber Aschaffenburg 144½, Mansfeld beeinflußt von der Kupferschwäche 112 (115), Svenska lagen matt 336 (338) — 332 RM. Junghans auf den Dividendenausfall angeboten 51 (52½), Berneis auf die Verwaltungsmitteilung ermäßigt 43 (45), fester aber Hanfwerke Füssen 75 (73) pCt. Anleihen zeigten später kaum Veränderungen.

Die Nachbörse war kaum gehalten auf Meldungen, daß London, Amsterdam und Brüssel auch heute schwächer lägen. Farbenindustrie 183¾ bis ¼ B., I. G. Chemie Basel 198, Aku 141, S. u. H. und Schuckert hörte man zum Schlußkurs.

Besondere Bewegungen und Vorgänge: Von Versicherungsaktien waren Allianz gefragt, das Material fehlte, der Kurs wurde gestr. G. notiert. Allianz-Lebens zogen auf RM 215 (213) und Frankfurter Rück auf 55 (50). Nur zum Einheitskurse notierte Industrieaktien fanden im allgemeinen wenig Interesse. Zement Karlstadt und Leder Spier blieben weiter ohne Aufnahme, dagegen fehlte für Grün u. Bilfinger das Material. Kursbesserungen waren nur wenig zu verzeichnen. Vomag St-A. auf die Dividende 82 (80), Hevligenstaedt leicht erholt 4 (3), Feinmechanik Jetter nach Pause 73 (70½), Emag 78½ (77½), ferner Wegelin 107 (104) auf die für diese Gesellschaft günstige Erledigung der Streitfrage mit Brokhues, diese dagegen stark abgeschwächt 72 (nach Briefstreichung zuletzt 79), Ckem. Albert nach Pause wesentlich niedriger 43 (50½). Bast nach Unterbrechung 202 (zuletzt 207). Ver. Glanzstoff weiter rasch sinkend 180 (190), Klein, Schanzlin in Reaktion auf die jüngsten Steigerungen 127 (130½).